

Die „Volkswacht“ erscheint täglich Nachmittags außer Sonntag und ist durch die Expedition, Neue Graupenstr. 5/6, durch die Post und durch Colportage zu beziehen. Preis vierteljährlich M. 3.10, pro Woche 25 Pf. Postzeitungsliste Nr. 7108.

Volkswacht

Insertionsgebühr beträgt für die fünfgespaltene Zeile ober deren Raum 20 Pfennige, für Vereins- und Veranlagungs-Anzeigen 10 Pfennige. Inserate für die nächste Nummer müssen bis Vormittag 9 Uhr in der Expedition abgegeben werden.

für Schlesien, Posen und die Nachbargebiete.
Organ für die Interessen der Arbeiterklasse.

Mit der illustrierten Beilage die „Neue Welt“.

Nr. 78. Breslau, Montag, den 1. April 1895. VI. Jahrgang.

Coriolan.

Vor ungefähr 2400 Jahren lebte in Rom ein Patrizier Namens Cajo Marcius, bekannter unter dem Ehrennamen Coriolanus, den er wegen seiner bei Corioli bewiesenen Tapferkeit erhielt. Dieser Aristokrat war eine Natur von maßloser Gewaltthätigkeit, der „Alles zu meistern und sich selbst Niemandem zu fügen für das Wesen der Männlichkeit hielt“, wie Plutarch schreibt. Daneben besaß er einen unbändigen Junkerhochmuth und machte seiner Verachtung des Plebs bei jeder Gelegenheit in den beleidigendsten Ausdrücken Luft. So war es das Volk während eines schweren Hungersnoth sich auf der Straße versammelt und nach Brot schreit, tractirt er es mit Ausdrücken wie „Schurken!“ „Köder!“ „Lumpenpack!“ und ähnlichen Rosworten, wie bei Shakespeare in seinem Trauerspiel „Coriolan“ zu lesen ist, und überläßt es seinem Freund, dem Schönwägener Menenius Agrippa, mit Phrasen wie „An der Theuerung sind die Götter schuld, nicht die Patrizier“ und mit Ammenmärchen wie die bekannte Fabel von den Gliedern, die gegen den Bauch rebellirten, das vom Hunger zur Rebellion aufgeregte Volk zu beschwichtigen. Durch einen Streit, den Auszug auf den heiligen Berg (18.000 bewaffnete zum Heerbanne aufgebotene Plebejer verweigerten den Gehorsam und besetzten besagten Berg, 1 1/2 Stunden von Rom, in der Absicht, dort eine neue Stadt zu gründen), hatte das Volk in dem Institut der Volkstribunen eine Art Volksvertretung durchgesetzt. Diese hatten das Recht, gegen alle den Plebejern schädliche Senatsbeschlüsse und Consulnische Protest einzulegen (das Veto-Recht, veto gleich: ich verbiete) und eventuell die Steuererhebung und den Heerbanne zu hindern. Sie genossen auch Immunität. Als nun einige Schiffe mit Getreide aus Sicilien ankamen, machte Coriolan den Vorschlag, man solle den Plebejern nicht eher etwas davon aus den Vorrathshäusern des Staats verabreichen, als bis sie in die Abschaffung der Volkstribunen gewilligt hätten. Das war so eine Art „Socialreform“ im Bismarckstil: für wirtschaftliche Bagatellen völlige Entrechtung des Volkes (Socialistengesetz). Gleichzeitig bewarb sich Coriolan um die Consulwürde, worauf er durch seine wirklich großen Verdienste um seine Vaterstadt im Kampfe gegen die Volksefer begründeten Anspruch hatte. Aber das römische Volk ließ sich dadurch nicht irre machen. „Du bist eine Geißel für die Feinde des Vaterlandes und eine Ruthe für seine Feinde gewesen. Du hast wahrlich das gemeine Volk nicht geliebt.“

Damit zieht ein Bürger (in der Tragödie) sehr treffend die Summe des Lebenswerks von Coriolan. Item: statt die Consulwürde zu erhalten, wird Coriolan aus Rom verbannt, geht zu den Volksefern über und verheißt sie zu einem neuen Angriff auf Rom.

Shakespeare giebt sich alle Mühe, seinen geschichtlichen Helden mit hohen Tugenden herauszustaffiren. Er beweist von Corioli einen wahrhaft heroischen Muth ist höchst ureigen übig, überaus bescheiden, von unerbitlicher Wahrheitsliebe und äußerst honesten Gesinnungen. Bei alledem empfängt der Zuschauer im Theater den Eindruck: dem Manne ist recht geschehen und das Volk von Rom hätte in der That die maßlose Verachtung, womit der Klassenhochmuthige Junker Coriolan es tractirt, voll und ganz verdient, wenn es dem Manne, der es in Worten und Thaten immer mit Füßen getreten hat, eine „Ehrung“ durch Verleihung der Consulwürde bereitet hätte.

„Du bist eine Geißel für die Feinde des Vaterlandes und eine Ruthe für seine Feinde gewesen. Du hast wahrlich das Volk nicht geliebt“; wir dächten, das Wort paßt auch auf — einen Anderen, dem man überdies die moralischen Qualitäten, welche der britische Dichter seinem Coriolan andichtet, keineswegs nachsagen kann; im Gegentheil.

Die Römer freilich waren Heiden und kannten doch nicht die christliche Lehre: „Segnet, die euch fluchen! Thut wohl denen, die euch hassen! So dich jemand auf die rechte Wacke schlägt, biete ihm auch deine linke dar!“ und gewiß nur im Hinblick auf diese schönen christlichen Sprüche haben die Veranstanter des Aprilmaipurgistages auf dem Bloßberg im Sachsenwalde dem Reichstage — demselben Reichstage, den ihr Nationalheros mit gleicher Junkerverachtung behardest hat, wie Coriolan die Plebejer — zugemuthet, mit ihnen auf den Bloßberg zu ziehen und die Orgie der vereinigten Volk-ausbeuter und Freiheitswürger mitzufeiern. Merkwürdig ist dabei nur, daß sie selbst an diese Sprüche sich nicht im Geringsten lehnen. Statt ihren Beleid gern in christlicher Sanftmuth zu vergeben, geben sie sich nicht zufrieden, bis die Beleidigung im Duell mit Blut gesühnt ist. Und der Umschurzummel sieht doch auch nicht danach aus, als ob er in diesem christlichen Geiste in Scene gesetzt worden wäre.

Es ist gewiß recht schön und beweist eine hochentwickelte ethische Gesinnung, im Privatleben seinem Verächter und Beleidiger nicht nachzutragen, was er verbrochen. „Vergeben und vergessen, ist die Sache des

braven Mannes“, und schon von Christus ist gelehrt worden: „Sammle feurige Kohlen auf den Kopf deines Feindes!“ „Wenn dein Feind hungert, speise ihn, wenn er dürstet, labe ihn.“ „Wenn sich ein Hausthier deines Feindes zu dir verlaufen hat, stell' es ihm zurück.“ Auch die ungläubige Philosophie enthält ähnliche Lehren. So lange aber der Feind forsjährt mit seinen Bosheiten, gebietet auch im Privatleben die Selbsterhaltung, sich seiner zu erwehren. Tollends erst im politischen Leben, wo es gilt, das Urtheil der Zeitgenossen über das geschichtliche Wirken eines Staatsmannes unparteiisch zu fällen vor Mit- und Nachwelt, wäre es nicht allein der tiefste Grad von Würdelosigkeit, sondern geradezu Verrath an der historischen Wahrheit, wie an Freiheit, Gerechtigkeit und Volkswohl, wenn die vielen und schweren politischen Missethaten, die die eine Waagschale so tief herunterziehen, in gutmüthiger Einfältigkeit daraus entfernt würden. Führt man die Volksvertretung gegen ihren Willen vor das Bild des Mannes, das man in erlogener magischer Beleuchtung eines Magnesiumlichts erglänzen läßt, so hat sie nur ihre Pflicht gethan, wenn sie den Gegenüber zerstört, indem sie das helle Tageslicht der Geschichte darauf fluthen läßt. Und wird auch das strenge Verdict des Volksgerichts vom 23. März keinem der modernen Coriolane zum abschreckenden Exempel dienen, so sollen sie doch zu ihrem freihetsmörderischen und volksverwüthenden und cultur-schädlichen Treiben durch Doationen, wie sie dem Reichstage angeflommen worden waren, auch nicht ermuntert werden.

Es war ein strenges, keineswegs aber zu strenges Gericht. Keine noch so lärmenden und wahnwitzigen Doationen und dargebrachten Kostbarkeiten werden den Stachel abkumpfen können, den ihm die Nemesis am Sonnabend in die Brust gedrückt hat. Wer an der letzten Station seines Lebens angelangt ist, ist nicht mehr ganz gleichgültig gegen Segen und Fluch der Nachwelt, wenn er auch im Zenith seines Daseins Macht und Reichthum über Alles geschägt und das „Nach uns die Sintfluth“ practicirt hat. Mancher politische Frevler im großen Stil schloß hochgefeiert von der Mitwelt die Augen, ohne daß ein Echo der Verwünschungen von Volk und Geschichte, die erst lange nach seinem Tode sich Luft machen konnten, an sein Ohr gelangt wären.

Discite justitiam moniti et non temnere divos! Möchten Andere die Warnung beherzigen, Recht zu thun und die Götter nicht zu verachten, die Volksgötter: die Prinzivinen der Freiheit und Gerechtigkeit!

Die Bekehrung André Savenay's.

Socialistischer Roman von Georges Renard. Autorisirte Uebersetzung von Marie Kunert. (Nachdruck verboten.)

Rühn wollte Andree sich wohl auf die Seite derer, die leiden, stellen. Seine ganze Vergangenheit sank nun mit seiner Mutter ins Grab. Er konnte, er mußte jetzt ein neues Leben beginnen. Er glaubte Johanna vor sich zu sehen, die zu seinem Entschlusse lächelte. Aber wie sollte er sich dieses neue Leben, dem er zustrebte, gestalten? Sollte er allein den Weg gehen, den er einschlagen wollte? Würde er auch mit sicherem, ausdauerndem Schritt vorwärts dringen können? Das fragte Andree sich an diesem traurigen Abend, an dem die ganze Trübsal der Gegenwart durch die bedrückende Ungewißheit dessen, was morgen geschehen sollte, noch verdoppelt wurde. So mischt der Auswanderer, der vom Schiffe aus am bläulichen Horizont das Gestade seines Vaterlandes, aus dem er sich für immer verbannt, verschwinden sieht, in die schmerzlich süße Erinnerung an sein Heimathland die Urtheile über die unbekannte Zukunft, die in der neuen Welt, zu der die unsterbliche Hoffnung ihn huzieht, seiner harret.

Dritter Theil.

Sechszehntes Kapitel.

Als Andree acht Tage, nachdem er seiner Mutter das letzte Geleit zum Friedhof gegeben hatte, wieder

im Stande war, die Apathie, die gewöhnlich nach großen seelischen Erschütterungen folgt, von sich abzuschütteln, befand er sich wieder vor der schwierigen Frage, die ihn nun schon ein ganzes Jahr lang gequält hatte: „Wovon sollte er leben?“

Die Verhältnisse, in denen sich diese Frage ihm jetzt aufdrängte, waren nicht mehr dieselben wie früher. Er konnte jetzt warten. Die Summe, die Frau Savenay auf der Sparkasse, der Bank der Armen, angelegt hatte, belief sich auf etwas über 2000 Francs. Das bedeutete mehrere Monate der Unabhängigkeit für ihn. Wie er jetzt der zärtlichen Vorursicht seiner Mutter Dank wußte! Er hatte nun einen weiteren und höheren Begriff vom Leben und seinen Pflichten.

Er sah ein, daß leben nicht heißt: sich zurückziehen, sich auf sich selbst beschränken, sondern mit den anderen leben und streben, daß brüderliche Antheilnahme an den Schmerzen und Hoffnungen seiner Nächsten das Mittel ist, alle Kräfte des Wesens zu verzweifachen, daß der Mensch erst zum wahren Menschen wird, wenn er seine Liebe der Menschheit weicht.

Er wußte jetzt, daß ihm eine Rolle in dem gewaltigen Kampfe der Zeit beschieden war. Ohne daß er bisher in diesem Kampfe seinen Platz gewählt, reichte er sich schon unter diejenigen, welche eine gerechtere Vertheilung der Güter der Welt erstreben.

Aber er sah jetzt ein, daß man die Gerechtigkeit nicht ungekämpft liebt, daß gewisse Wahrheiten denen, die sie auszusprechen wagen, theuer zu stehen kommen,

daß fühne Ansichten genügt, um ihm viele Laufbahnen zu verschließen.

Er erinnerte sich, daß er eines Tages in einer Gesellschaft einem sonst sehr bescheidenen Ministerialbeamten begegnet war, dem die edlen Weine die Zunge gelöst hatten.

Er war mit dem würdigen Manne nach Hause gegangen, der ihm unterwegs seine geheimsten Gedanken enthüllte. Er war damals überrascht gewesen, als er bei diesem Manne einen heftigen Haß gegen das bürgerliche Regime und glühende, wenn auch unklare Wünsche nach einer Umgestaltung der Gesellschaft fand. Am nächsten Tage kam der Mann schüchtern und ängstlich zu ihm, um ihn zu bitten, daß er zu niemandem über das Geheimniß seiner Ansichten sprechen möchte. Er sah sich schon ohne Stelle oder im Avancement zurückgesetzt, wenn das Geringste davon laut würde. Andree hatte ihn nicht ohne Mühe beruhigt und sich an diesem Tage gelobt, niemals eine Stellung, in der er unfrei sein würde, anzunehmen, sich nie dazu zu erniedrigen, sein Inneres hinter einer Maske zu verbergen.

Um einen Beruf zu ergreifen, in dem seine Interessen nicht mit seinen Ansichten in Conflict kämen, war die erste Bedingung, diese seine Ansichten genau zu formuliren. Andree arbeitete mit ganzer Kraft daran. Er sah wohl ein, daß ihn eine unwiderstehliche Neigung zum Socialismus hinüberzog. Weber das Wort noch die Sache selbst erschreckten ihn jetzt mehr. Aber er mußte auch, daß es verschiedene Arten, Socialist zu

Politische Rundschau.

— Die socialdemokratische Fraction hatte, wie unseren Lesern bekannt ist, die Absicht, in Bezug auf das Entrüstungstelegramm des Kaisers an den Fürsten Bismarck einen Antrag einzubringen, welcher den Reichstag veranlassen sollte in Wahrung seiner Unabhängigkeit Stellung zu jener Kundgebung zu nehmen. Der Antrag ließ jedoch im Bureau des Reichstages auf constitutionelle Bedenken, und die Drucklegung und Verhandlung des Antrages wurde durch den Präsidenten verhindert.

Wir lassen den Antrag mit Fortlassung des eine Kritik jener Kundgebung enthaltenden Satzes nachstehend folgen, und fügen den Bescheid des Präsidenten hinzu.

Antrag.

Der Reichstag wolle beschließen:

Mit Bezug auf das Telegramm des Kaisers an den Fürsten Bismarck vom 23. d. Mts., in welchem über einen Bescheid des Reichstages die tiefste Entrüstung ausgesprochen und behauptet wird, daß der Reichstag in vollem Gegensatz zu den Gesetzen aller deutschen Fürsten und Völker steht:

zu erklären:

Die angeführte Meinungsäußerung des Kaisers ist nach den begleitenden Umständen ein vollkommener Akt einer öffentlichen Verletzung der Rechte des Reichstages.

Die verfassungsmäßige Unverantwortlichkeit des Reichsoberhauptes, sowie die fernere Verantwortlichkeit des Reichstages, die Person des Kaisers nicht der Kritik zu unterwerfen, haben zur Voraussetzung, daß das Reichsoberhaupt keinen Einfluß auf die Reichsangelegenheiten ausüben darf durch den verantwortlichen Reichsminister ausübt.

Die Vertretung der Gesetze und Verordnungen des deutschen Volkes ist Aufgabe des Reichstages, der niemandem verantwortlich ist als dem Volke.

Darauf ist folgende Präjudicialvermutung zu machen:

Der angeführte Antrag steht in seiner Beziehung zu irgend einem Titel der Ausgabe und Einnahme des Reichstages auf das Etatsjahr 1895/96 und müßte schon aus diesem Grunde zurückgewiesen werden. Die in demselben angezogene telegraphische Mitteilung Sr. Majestät des deutschen Kaisers an den Fürsten v. Bismarck ist von dem Herrn Reichsoberhaupt nicht veröffentlicht und unterliegt deshalb als eine in die Innenwelt getragene Kundgebung Sr. Majestät des Kaisers keineswegs der Veröffentlichung des Reichstages. Es wird deshalb abgelehnt, den Antrag dem Reichstage zu unterbreiten.

Der Präsident des Reichstages.
Graf v. Helldorf.

Der „Vorwärts“ bemerkt dazu: Nach diesem Vorgang wird zu überlegen sein, ob die dem Präsidenten nach seiner Ansicht beizuhaltende Beschränkung nicht dahin eingeschränkt werden muß, daß er durch die Geschäftsordnung verpflichtet wird, alle in parlamentarischer Form gehaltenen und mit den durch die Geschäftsordnung vorgeschriebenen Unterschriften versehenen Anträge dem Reichstage zur Beschlußfassung vorzulegen.

— Noch Einiges vom Bismarck-Adau. Die auf Rechnung der Steuerzahler aller Parteien redigirte „Berliner Correspondenz“ leitet sich einen „Bismarck“-Artikel, in dem gelassen das große Wort ausgesprochen wird, daß ein „wahrer Deutscher“ bewundernd lieben müsse u. s. w., also gewissermaßen den Bismarck-Kummel mitmachen müsse. Es ist ein

sein, gab, von der des Volkes im Schatzel; hier, an damit die Schafe ihm folgen sollten, an seinem Gute einen Zettel trug, mit den Worten: „Ich bin der gute Hirt dieser Heerde!“ bis zu dem der Ritter vom Dynamit, die zuweilen unter dem Schutze der Polizei der Bourgeoisie so große Furcht einjagen und ihr ebenso große Dienste leisten durch ihre Gewaltthaten. Andre wollte weder von der einen noch von der anderen Art etwas wissen, er wollte weder mit der herrschenden Arbeiterfreundlichkeit des Herrn Dinsdale noch mit den Kaarshäsen etwas zu thun haben.

Nach weniger wollte er sich dem katholischen Socialismus anschließen. Er achtete die aufrichtigen Christen, die sich bemühen, ihre Handlungen mit ihren religiösen Grundsätzen in Übereinstimmung zu bringen. Er erkannte mit ihnen an, daß der Geist der Brüderlichkeit die Seele des Evangeliums sei, er war ganz einverstanden mit dem Mann, der gesagt hatte: „Liebt Euch unter einander!“ Aber seine Vernunft empörte sich gegen die Dogmen. Er als Kenner der Wissenschaft und Philosophie konnte den Wahrheiten gegenüber, die seiner Geist erleuchtet hatten, nicht mehr die Augen verschließen. Er weigerte sich selbst seinen Unglauben nach der Rede des Tages mit dem Mantel eines vorübergehenden Fyrticismus zu verhüllen. Dann schickte ihn auch die Frage der socialen Frage, wie die Ultramontanen sie sich trümmen, zu einseitig und naiv. Er machte ihnen den Vorwurf, daß sie sich einbildeten, man könne nach Belieben eine Art künstliches Mittelalter wieder herstellen, die dreifache absolute Autorität

starkes Stück, daß dergleichen ein unter amtlicher Autorität erscheinendes Correspondenz-Unternehmen auszusprechen wagt. Denn der Gedanke ist der: Wer nicht in Bismarck-Begeisterung mocht, ist kein „wahrer“ Deutscher. Die einzige Entschuldigung für die Dreistigkeit, mit der diese Lehre vorgebracht wird, ist die Dummheit, die in dem Ausspruch liegt. Aus wie vielen „wahren Deutschen“ bestand denn das Deutsche Reich, als bei den vier letzten Geburtstagen der ehemaligen Reichskaiser von mehr als 49 Millionen Deutschen ignoriert wurde? — In Spandau beantragte der Magistrat in der Stadtverordnetenversammlung einen Credit zur Anschaffung von Bismarckbüchlein in den Schulen. Vier conservativ Mitglieder stellten den Antrag auf namentliche Abstimmung um die der Versammlung angehörende Arbeiter der Militärfabriken in das Gedränge zu bringen. Nach erregter Besprechung wurde ein Antrag angenommen, die Beschlußfassung bis nach dem 1. April zu vertagen. — Ein Generalmajor z. D. Freiherr v. Strombeck in Starckenburg fordert sämtliche Familienmitglieder öffentlich auf, „jede vaterländische Mühsal mit dem Reichstagsabgeordneten v. Strombeck abzubrechen, der der alten lutherischen Familie schon durch seinen Uebertritt zum Katholizismus einen Schlag ins Gesicht gab und nun durch diese erbärmlich undenkliche Abstimmung im Reichstage unsere Nation verloren haben muß.“

— In der letzten Bürgerverversammlung in Rieburg trug ein Mitglied, daß ein Polizeidiener mit Bismarck-Bildern in der Stadt haufert habe. Der Bürgermeister Stahn erklärte, er habe dem Polizeidiener diesen Reserverdienst zugewendet. Für dieses Vorsehen sprach der Vorsitzende des Bürgervereins Collas Dr. Lüdtke, dem Bürgermeister noch oben-heim seinen Dank aus. — Der Arbeiterverein „Germania“ in Halle a. S. hielt dieser Tage eine Bismarckfeier ab, bei welcher Sanitätsrath Dr. Lüdtke die derkwürdigen Worte sprach, man sollte die Reichstagsabgeordneten, welche gegen die Ehreng Bismarcks gestimmt haben, mit der Peitsche (bzw. Reitpeitsche) schütigen, mehr als 200 könnte es nicht kosten.“ Bezeichnend für die Verhöhnung unserer Gerichte durch den Herrn Sanitätsrath ist diese Voraußbestimmung der Kosten überlich. Aber in einem Punkt hat er sich doch verrechnet; manche Reichstagsabgeordnete würden, wenn Dr. Lüdtke mit der Reitpeitsche ihnen nahe, gar nicht erst zum Kabi laufen. Gröndberger, Singer, Frohme oder andere handfeste Männer würden voraussichtlich den würdigen Herrn „auf den Tisch des Hauses niederlegen“, so stark, daß er für eine Weile das Kratzen vergessen könnte und jedenfalls nicht mehr an die Peitsche dachte.

— Etwas aus unserem Militärhaat. Der „Vorw.“ wird geschrieben:

„Ein Umstand, der ohne Pröbentem ist, beschäftigt gegenwärtig die höheren militärischen Kreise auf das Lebhafteste. Prinz Moriz von Sachsen und Erbprinz Bernhard von Sachsen-Meiningen sind zu Generalen der Cavallerie bezw. der Infanterie befördert worden. Hiermit sind die Generalleutenants Soller v. d. Planitz, Commandeur der Garde-Cavallerie Division, Vogel von Falkenstein, Commandeur der 5. Infanterie-Division,

Soller v. d. Planitz, Generalinspsecteur der Infanterie, von Ziegler, und von Urndt, Commandeur von Ulm und Metz, von Brauchitsch, Director der Kriegsakademie, Oberquartiermeister Oberhoffer, Nisch von Roseneg, Commandeur der 27. Division, und von Spitz, Departementsdirector im Kriegsministerium, vollständig bei dieser Chargenerhöhung übergegangen worden. Sonst war es Gepflogenheit, daß in solchen Fällen die Betreffenden ein Schreiben aus dem Cabinet erhielten, wonach sie sich als nicht übergegangen betrachten sollten und eine fernere Verwendung für sie in Aussicht genommen sei. Diesmal scheint dies nicht der Fall gewesen zu sein, denn es bestätigt sich, daß Vogel von Falkenstein sein Abschiedesgesuch dem Kaiser vorgelegt hat.“

Und die weitere Folge wird sein, daß außer Vogel von Falkenstein (dem Entdecker der berühmten „Feriencolonien“) auch die übrigen hohen Militärs ihren Abschied nehmen und pensionirt werden müssen. Das wird für den ohnehin riesig anschwellenden Militärpensions-Etat eine weitere starke Erhöhung seiner Ausgaben bedeuten. Und wer bezahlt die Geschäfte? Nun selbstverständlich die Steuerzahler, zumeist das arme, arbeitende Volk in Form von indirecten, schwer auf die bescheidensten Lebensbedürfnisse des Volkes drückenden Steuern.

— Ueber den Zeugnißzwang ist schon mancherlei geschrieben. Gelegentlich der Thatsache, daß wieder ein Redacteur, unser Genosse Braun vom „Vorwärts“ in Zwangshaft gehen muß, weil er es als seine Ehrenpflicht betrachtete, den Namen eines stillen „Mitarbeiters“ nicht zu nennen, kommt die „Vorw.“ zu folgenden treffenden Betrachtungen:

„Schon daß der Zeugnißzwang nach Belieben versagt oder unterlassen werden kann, daß er von den Richtern selbst regelmäßig in der Erwartung verhängt wird, der Zeuge werde anständig genug sein, lieber in das Gefängniß zu wandern, als eine Eyrlosigkeit zu begehen, macht dieses Zwangsmittel zu einer zweischneidigen Waffe. Sein Gebrauch schädigt regelmäßig mehr die Regierung und das Ansehen der Rechtspflege, die Achtung vor dem Gesetz, als die Presse und ihren Gewährsmann. Durch die Aussicht auf den Zeugnißzwang wird man keinerlei unbedeutende Veröffentlichung verhüten; im Gegentheil, gerade wenn alle Welt sieht, daß ein Redacteur eher harte Strafe über sich ergehen läßt, als sich eines Treubruchs schuldig macht, wird mancher Beamte, mancher Hofmann in seinem Vertrauen zu jener Presse gehäckt und zu Enthüllungen bewogen, Enthüllungen, die mitunter alles eher als der Sensationstaut entspringen, vielmehr dem Vaterlande sehr nützlich sein können. Die Beschränkung der Pressefreiheit durch den Zeugnißzwang ist von Uebel.“

— Gegen die Umsturzvorlage spricht sich auch Theodor Mommsen in der Deutschen Revue sehr entschieden aus. Er schreibt:

„Es will mir scheinen, daß unter den vielen bedenklichen Consequenzen des sogenannten Umsturzgesetzes die Gefährdung der Wissenschaft mehr nebensächlich ist. Es ist wahrscheinlich, wenn es Gesetz wird, daß einem oder dem anderen Professor übel mitgespielt wird, so weit es zur Anwendung kommt, und daß, soweit es

des Vaters in der Familie, des Patrons in der Gemeinde und der Kirche wieder eintritt, die Zukunft nach dem Muster der Vergangenheit einrichtet. Er war überzeugt, daß eine Gesellschaft noch weniger wie ein Hund jemals zur Quelle zurückkehrt, daß sie zudem überwiegend ist, ihre Lehren und Formeln von früher wieder anzunehmen, die Menschen dazu zu bewegen, die Hindernisse und die Siege wieder zu benutzen. Als er die Sitzungen las, die von dem Zweck und Werten der katholischen Arbeitervereine handelten, bemühte ihn gleich der erste Artikel eigenhändig: „Unser Werk hat den Zweck dafür zu wirken, daß die herrschenden Klassen sich mehr als bisher der Arbeiterklasse widmen.“ Er fandte, daß das kranke Bestreben, die Klassenunterschiede der Klümpchen, von denen die einen die Sonnen, die anderen die Schöplinge wären, zu verewigen, vielleicht wider Willen die Begründer des Vereins beabsichtigt hatte.

Andre sagte nun also, wozu er nicht gehen sollte. Aber wieviel Mühe machte es ihm, das Glaubensbekenntnis seines neuen Lebens anzupassen, seine Thätigkeit auf ein bestimmtes Ziel zu richten! Er empfand wenigstens eine geheime Befriedigung bei dem Gedanken, daß er sich Johann näherte. Er geht in Romens die jenseitige Ueberzeugung, die er ihr am dem Tage bereiten würde, wo er sagen konnte: „Ich bin ein Socialist wie Sie!“ Welche das nicht ein neues Band zwischen ihnen gewesen sein?

Zimmerer hatte er noch einen Zweifel. Wenn seine Ansichten nur mit denen Johanns nicht weiter

gemein hatten, als den Namen? Wenn er trotzdem nichts weiter für sie war als ein Bourgeois, der mit dem Socialismus spielte? Unter dem Vorwand, sich über diesen Punkt Aufklärung zu verschaffen, begab er sich zu seinen Freunden Deschamps. Er hatte ihnen so viel zu sagen, sie so viel zu fragen! Er hoffte einmal mit ihnen in aller Ruhe plaudern zu können; doch als er klingelte, öffnete Sigismund Roguet ihm die Thür.

Die beiden jungen Männer hatten sich seit länger als einem halben Jahre nicht gesehen. Sigismund war den ganzen Winter über sehr beschäftigt gewesen. In den Volksversammlungen hatte er eine sehr rege Thätigkeit entfaltet und man schätzte ihn in der Partei bereits als tüchtigen Redner. Er kam sogar als Candidat für die bevorstehenden Wahlen zum Pariser Stadtrath in Frage. Mit seinen Erfolgen bekam er nun auch Selbstvertrauen. Nach und nach legte er die Schen ab, die ihm bisher im vertrauten Kreise die Junge lähmte. Er fand etwas von der düsteren Gluth und der ungestümen Beredsamkeit wieder, die er auf der Tribüne hatte. Er verstand es, er wagte es jetzt gegen Johanna lebenswürdig zu sein, sie anzusehen und ihr durch Worte verständlich zu machen, daß er sie liebe. Er hatte Aufmerksamkeit für sie, die trotz seines kritischen Wesens rührend war: und Complimente, die er in seiner schwerfälligen Weise auf das Reinste herausbrachte.

(Fortsetzung folgt.)

abschreckend wirkt, Menschenfurcht und Heuchelei namentlich bei den Theologen dadurch noch weiter gefördert werden. Die schlimmsten Folgen des Gesetzentwurfs liegen auf anderen Gebieten. Der Gesetzentwurf ist, wie Freunde und Feinde einräumen, eine verschämte, aber nicht verbesserte neue Auflage des Ausnahmegesetzes gegen die Socialdemokratie und wird in dem Umbildungsproceß dieser gemeinschädlichen Partei in eine mit dem Gemeinwesen verträgliche, mit der Zeit vielleicht gemeinnützige Arbeiterpartei auf das Störendste eingewirkt. Das Gesetz wird ferner unsere Gerichte in ihrem Werth und in ihrem Ansehen deteriorieren (zu Deutsch: verschlechtern). In politischen und religiösen Fragen ist niemand unparteiisch als die Null über der Null, und auch der Richter kann und soll es nicht sein. Darum soll man diese Fragen, soweit es irgend möglich ist, aus dem Strafproceß entfernen und, soweit es nicht möglich ist, den Thatbestand so formulieren, daß der gewissenhafte Richter objectiv urtheilen kann. Diese Vorlage aber giebt dem richterlichen Ermessen einen solchen Spielraum, daß jeder derartige Proceß zum Tendenzproceß werden muß und je nach der Zeitströmung und der Individualität die Rechtspflege schwanken wird und schwanken muß. Es ist nicht bloß eine Thorheit, sondern eine ernste Gefahr, promme Wünsche, die man als solche theilen kann, in die Form von Strafrechtsparagrafen zu bringen.

Das der Herr die Socialdemokratie für „gemeinschädlich“ hält, beweist zwar, daß auch er in den Vorurtheilen seiner Klasse steht. Im übrigen aber beurtheilt er die Umfanzvorlage in ihren gemeinschädlichen Wirkungen viel tiefer und richtiger als viele seiner Kollegen von Wissenschaft und Kunst, die jüngst auch protestierten.

Dem Buchhandel und der Presse droht eine schwere Gefahr aus der von der Gewerbeordnungs-Commission beschlossenen Ausdehnung des Artikels 7 der Regierungsvorlage auf den Buchhandel und aus der Unterordnung desselben unter die auf das Hausirgeschäft gemünzte Bestimmung, daß Verkäufe nicht bei Privaten aufgesucht werden dürfen. Zugleich aber ist gegen die Presse ein Streich gerichtet worden, der eine Hauptader trifft. Die Regierungsvertreter lehnten es ausdrücklich ab, eine Erklärung darüber abzugeben, ob das Einjammeln von Zeitungs-Abonnements unter den Artikel 7 der Vorlage (Gewerbeordnung § 44 Absatz 3) falle und gaben so das Recht zu der Annahme, daß dieses Geschäft ausdrücklich getroffen werden soll. — Am raffiniertesten wird man natürlich die Verbreitung der socialdemokratischen Presse zu verhindern suchen.

Die italienischen Ultramontanen scheinen Herrn Crispi eine schwere Enttäuschung bereiten zu wollen. Vor einigen Tagen beschloßen in einer Versammlung die katholischen (d. h. päpstlich gesinnten) Wähler Mananda, an den nächsten allgemeinen politischen Wahlen nicht theilzunehmen, gemäß dem päpstlichen Gebote. Der bedeutungsvolle Beschluß dürfte bei den Hierarchen im übrigen Italien Nachahmung finden. Demnach hat Crispi seinen „Frieden mit der Kirche“ umsonst gemacht und der alte Atheist hat vergeblich den Gang nach Canossa angetreten. Seine Neapeler Rede, die seiner Zeit so großes Aufsehen erregte, wie sein weiteres Verhalten dem früher so sehr angefeindeten Papstthum gegenüber sollten — außer Förderung gewisser Privatwünsche — namentlich den Zweck haben, den Papst für sich zu gewinnen und die diesem gehorchenden großen katholischen Wählermassen bewegen, bei den Kammerwahlen ihr Votum für Crispi abzugeben. Damit ist's nun „Eisig“, um einen vulgären Ausdruck zu gebrauchen. Umsonst hat sich der alte „Culturkämpfer“ und Atheist Crispi gebedrängt — die Katholiken stimmen nicht für ihn, und damit dürfte sein Schicksal bei den nächsten Wahlen festgelegt sein.

Der spanische Ministerpräsident Canovas del Castillo soll einem Berichterstatter gegenüber geäußert haben, die Ereignisse auf Cuba seien ernster Natur. Alle Mittel müßten angewendet werden, um die Frage zu lösen. 2000 Mann seien bereit, den 7000 Mann, die jetzt abgehen, zu folgen. Es würden 20 000, ja sogar 100 000 Mann abgeandt werden, wenn es nöthig sein sollte. Die Angelegenheit müßte mit einem Male „erledigt“ werden. — Aus Cuba laufen immer neue Hubschposten ein. Maceo bereitet mit Unterstützung von 25 anderen Anführern die Errichtung einer provisorischen Regierung vor, um die Steuern zu erheben. — In der Kammer griff Salmeron das frühere Cabinet auf das heftigste an und sagte, es hätte schon längst verdient, mit Gewalt verjagt zu werden.

Der Krieg in Ost-Asien ist durch die Entsendung des Vicekönigs Li-Hung-Tschang als Friedensunterhändler nach Japan keineswegs zum vorläufigen Abschluß oder auch nur zu einem Stillstand gebracht worden. Im Gegentheil haben die Japaner wieder eine bedeutende Action ausgeführt. Nach einigen Scheinbewegungen gegen Formosa griff ihre Flotte die Pescadorens-Inseln an. Die Gruppe liegt in der schmalen Fukiangstraße zwischen Formosa und dem Festland und umfaßt 21 bewohnte Inseln und verschiedene Klippen. Sie nähert sich nach Nordwesten der chinesischen Provinz Fukiang mit den Vertragshäfen Futschu und Amoy auf 176 Kilometer und Formosa nach Südosten auf 55 Kilometer. Die bedeutendsten Inseln sind Pong-Hu, Sissiu oder Fisher Island und Pe-Hu. Der ausgezeichnete Hafen von Ma-Kung auf Pong-Hu, der etwa 13 Kilometer lang und 6 Kilometer breit ist, diente 1885 dem Admiral Courbet als Operationsbasis gegen Formosa. Die Chinesen haben seitdem den Punkt besetzt und ein Kohlendepot angelegt. Im Besitz dieser Inselgruppe sind die Japaner im Stande, die Vertragshäfen an der chinesischen Küste wie Formosa zu bedrohen. Sie beherrschen die See, denn das Südgeschwader Chinas kann bei seiner Unterlegenheit an Material und Ausbildung es gar nicht wagen, der feindlichen Flotte offenso entgegenzutreten, die in der geschützten Bucht von Ma-Kung jede Bewegung sorgfältig vorzubereiten vermag. Es ist wahrscheinlicher, daß die nächsten Operationen sich gegen Formosa richten werden, als gegen China selbst. Die Japaner sind auf der Insel schon einmal gelandet, als 1872 die Besatzung eines japanischen Schiffes von den Eingeborenen ermordet war. Sie blieben bis 1874 dort, bis China durch englische Vermittlung sich zur Zahlung einer Entschädigung verstand, und die Formosa-Medaille war bisher die einzige Kriegerauszeichnung auf der Brust japanischer Soldaten. Nach dem tonkinischen Feldzug verlegte China hierher die bekannten Schwarzflaggen unter Lu-Win-Phuor, die sich als gefährliche Gegner der Franzosen erwiesen hatten. Neuerdings ist ein Brief dieses Bandenführers an den Tsung-li-Yamen bekannt geworden, in dem er sich bitterlich über die Behandlung beklagt, die ihm durch die Behörden zu Theil geworden sei. Von den 1100 Mann, die er auf die Insel gebracht hatte, war der größte Theil aus Sparsamkeitsrücksichten entlassen worden. Als der Krieg mit Japan ausbrach, erhielt Lu-Win-Phuor den Befehl, die Vertheidigung der Insel vorzubereiten, und er mußte, um die nöthigen Toppfen zu erhalten, Werbungen auf dem Festland vornehmen, die 1000 Mann ergaben, aber keine Krieger, sondern eine Bande unzuverlässiger Faulenzer. Vergeblich ersuchte er darum, die 7000 Veteranen, die in Tonkin zurückgeblieben waren, nach Formosa kommen zu lassen, wahrscheinlich wird es auch jetzt noch nicht geschehen sein.

Arbeiterbewegung.

Den Töpfern der Ofenfabrik-Actiengesellschaft vormals D. Tittel, Neuenhagen (Eisenbahn), ist zum 1. April ein Lohnabzug von 10 pCt. angekündigt. Es ist dieser Abzug bereits der zweite in gleicher Höhe. Es würden, falls der Abzug so ohne weiteres von uns hingenommen wird, für hundert glatte Kacheln z. B. 2,80 Mark gezahlt werden. Bei den Fries- und Simsmachern steht das Verhältnis in Bezug auf den Verdienst auf ähnlicher Stufe. Wir bitten unseren Ort von jetzt ab streng zu meiden. Arbeiterfreundliche Blätter werden um Abdruck gebeten. Allgemeiner Verein der Töpfer und Berufsgenossen Deutschlands. J. M.: Der Vorstand (Filiale Berlin).

Der Streik der Arbeiter in Mülhausen (Elsas) hat ein für die Arbeiter ungünstiges Ende genommen. Am Mittwoch herab wurde die Arbeit wieder aufgenommen, und zwar ohne daß ein Erfolg erzielt worden wäre. Es stellten sich Streikbrecher ein, worauf ein Theil der Streikenden umfiel und um gut Weiter anhielt. Zehn von den Ausständigen wurden nicht wieder angenommen und sind daher als gemäßigelt zu betrachten. Einige Unterstützungsbeiträge sind zu senden an Alois Puhla, Diebenheimerstraße 28 zu Mülhausen i. E. — Der Vorgang beweist auf's neue — bemerkt dazu der „Osenburger Volksfreund“ — daß Ausständbeschlüsse nicht ohne vorherige Vorbereitung gefaßt werden sollten. Solch partielle Streiks enden fast regelmäßig mit der Niederlage der Arbeiter. Ohne Einigkeit und Geschlossenheit läßt sich nichts thun, am wenigsten bei Arbeiterausständen.

Streik und Aussperrung der Uhrenarbeiter in der Schweiz. In Grenchen (Canton Solothurn) haben 45 Arbeiter wegen brutaler Behandlung seitens ihrer Vorgesetzten die Arbeit eingestellt. Nun haben als Antwort darauf alle Uhrenfabrikanten des dortigen Bezirkes ihren Arbeitern auf 14 Tage gekündigt. Falls nicht bis dahin eine Verständigung erzielt werden kann, würden 2500 Uhrenarbeiter ausgeschlossen. Das Central-Comitee des Uhrenarbeiter-Verbandes schreibt in der „Solidarität Horlogère“: „Es bereiten sich im Schooße unserer Uhrenindustrie, in Fabrikanten- und Unternehmerkreisen Dinge vor, denen wir nicht gleichgültig zusehen können. Nur kräftiges Zusammenhalten, Opferfreudigkeit und Disciplin sind im Stande, den kommenden Stürmen erfolgreich Widerstand zu leisten.“

Sperrung der Maler in Zürich. Nachdem die Malermeister es abgelehnt haben, wegen der von den

Gehilfen gestellten Lohnforderungen mit denselben zu verhandeln, hat eine von 450 Gehilfen besuchte Versammlung folgende Resolution angenommen: „1. Die Lösung der Lohn- und Arbeitsfragen ist nur durch den Streik möglich; 2. die Arbeiterschaft nimmt im gegenwärtigen Moment davon Umgang, auf die protzige und der normalen Einsicht und Keintung entbehrenden Antwort mit der einzig möglich gebliebenen That, mit der Arbeitseinstellung, zu reagieren; 3. die gespannten Verhältnisse nöthigen zur ununterbrochenen Thätigkeit, zum inneren und äußeren Ausbau der Kampf-Formen bezw. Organisationen; 4. die fortgesetzten Abweisungen von Vergleichen bestimmen die Arbeiterschaft, eine Taktik zu befolgen, die zu einer Organisation führt, welche jede Stunde, jede Woche loszuschlagen bereit ist. 11. Die Versammlung erklärt sich mit der Gründung eines Streikfonds einverstanden und erklärt es als Pflicht jedes in Zürich arbeitenden Malers, wöchentlich einen Beitrag von 10 Rp. in denselben zu leisten. 111. Die Versammlung beschließt, den 1. Mai durch Arbeitseinstellung zu feiern. 1V. Der Maler-Fachverein ist mit der Vollziehung dieser Beschlüsse beauftragt.“

Statistisches.

Geschäftsbericht des Reichs-Bevölkerungsamts der Invaliditäts- und Alters-Versicherung für das Jahr 1894. Die Einnahmen betragen: an Beitragsleistungen 92,210,000.60 Mark, an Zinsen 7,311,000 Mark, sonstige Einnahmen 600,000 Mark, zusammen 100,121,000 Mark. — Die Ausgaben setzen sich zusammen aus Invalidenrenten in Höhe von 4,743,000 Mark, Altersrente 15,648,000 Mark, Kosten des Heilversagens 334,000 Mark, Verwaltungskosten 2,810,000 Mark, Kosten der Beitragserhebung und der Controle 1,643,000 Mark, Kosten der Schiedsgerichte und des Verfahrens vor demselben 293,000 Mark, Ueberweisung an den Reservefonds 6,745,000 Mark, Capitalabfindungen an Ausländer gemäß § 14 des Invaliditäts- und Altersversicherungsgesetzes 1000 Mark, andere nicht vorgezeichnete Ausgaben 332,000 Mark, zusammen 32,549,000 Mark.

Die Einnahmen betragen 100,121,000 Mk. die Ausgaben 32,549,000 Mk., dies ergibt einen Ueberschuß von 67,572,000 Mk. Bezüglich der Organisation der Invaliditäts- und Altersversicherung berichtet das Reichsversicherungsamt, daß im vorliegenden Rechnungsjahre an den 31 Versicherungsanstalten 175 Vorstände, 1053 Stassen-, Bureau-, Kanzlei- und Unterbeamte, 618 Mitglieder des Ausschusses, 65,776 Vertrauensmänner, 305 Controlbeamten, 605 Schiedsgerichte, 11,168 Schiedsgerichts-Beisitzer und Hülfswerber gewirkt haben.

Markenverkaufsstellen waren 9261. Die Zahl der gemäß des § 112 und 114 des Versicherungs-Gesetzes fungierenden Markenoffizien zur Einziehung der Beiträge waren 4780, Gemeindebehörden und sonstige von der Landes-Centralbehörde bezeichnete Stellen 2929.

Bei dem Reichsversicherungsamt waren im Jahre 1894 folgende Mitglieder, Beamte und Hülfswerber beschäftigt: Präsident und ständige Mitglieder: 35 nichtständige Mitglieder: aus der Mitte des Bundesraths 4, aus dem Stande der Arbeitgeber 6, aus dem Stande der Arbeitnehmer 6.

Stellvertretende nicht ständige Mitglieder von den Arbeitgebern und Arbeitern je 40; richterliche Mitglieder und Hülfswerber 33; etatsmäßige Beamte: technische Rechnungsbeamte 8, Bureaubeamte 93, Kanzleibeamte 32, Unterbeamte 26. Nicht etatsmäßige Beamte: höhere Beamte, technische Rechnungsbeamte —, Bureauclerikale und Bureauhilfsarbeiter 42, Kanzleidiätare und Hülfswerber 12, Hülfsumterbeamte 10, in Summa 413.

Bei Gründung des Versicherungsamtes im Jahre 1884 fungierten bei demselben 27 Beamten. Die Zahl der im Jahre 1894 anhängig gewordenen Revisionen betrug in Invalidenrentenfachen 1518, in Altersrentenfachen 1345. Zusammen 2863. Unerledigt übernommen sind aus dem Jahre 1893 839 Revisionen. Revisionen wurden eingelegt von den Versicherten in 1063 Invaliden- und 994 Altersrentenfachen, von den Versicherungsanstalten und Kasseneinrichtungen in 429 resp. 292 Fällen und von den Staatscommissären in 92 bezw. 59 Fällen. Von den Revisionen wurden erledigt: durch Urtheil nach mündlicher Verhandlung 2275. Zurückgewiesen wurden 565 Invalidenrenten- und 589 Altersrentenfachen der Versicherten, der Versicherungsanstalten und Kasseneinrichtungen 249, der Staatscommissäre 46, unerledigt bleiben 911 Sachen.

Von der Gesamtzahl der im Berichtsjahr 1894 anhängig gewordenen 15,531 und der aus dem Vorjahr übernommenen 3785 Revisionen an die Schiedsgerichte wurden erledigt durch rechtskräftigen Nachtragsbescheid des Vorsitzenden 1143, durch Vergleich oder Zurücknahme der Berufung 2335, durch Entscheidung des Schiedsgerichts 10863. a) Zurückweisung wegen Verjaumung der Berufungspflicht 276, b) wegen Unzuständigkeit des Schiedsgerichts 34, c) durch Bestätigung des angefochtenen Bescheides 6850 und d) durch völlige oder theilweise Abänderung des angefochtenen Bescheides 3433. Unerledigt blieben 4756 Sachen. In 6726 Fällen haben Beweisaufnahmen stattgefunden. Die Geschäftsberichte der Schiedsgerichtsvorsitzenden lassen erkennen, daß die Handhabung des Gesetzes, sowie die Verordnungen vom 1. December 1890, betreffend das Verfahren vor den Schiedsgerichten, im Berichtsjahr besondere Schwierigkeiten nicht mehr begegnete. Mehrfach wird hervorgehoben, daß die arbeitende Bevölkerung dem Gesetze größeres Verständnis entgegenbringt. Der Act und Besize, wie die Beiziger ihrer Aufgabe gerecht zu werden bestrebt sind, wird wiederholt warme Anerkennung gezollt.

Im Berichtsjahr bezogen 297,200 Personen Renten und zwar 203,700 Altersrente und 93,500 Invalidenrente, an welche insgesamt 34,4 Millionen Mark, und zwar an Altersrenten 24,4 Millionen und an Invalidenrenten 10 Millionen Mark gezahlt sind. Die von den Versicherungsanstalten seit 1891 festgesetzten Renten repräsentieren nach der Aufstellung des Reichsversicherungsamtes überschlägig ein Deckungscapital von 157,7 Millionen Mark.

Dieser Summe steht nach Abrechnung aller Verwaltungs-kosten für das Jahr 1894 eine Einnahme aus den Beiträgen

Deutscher Reichstag.

(Original-Bericht der „Volkswacht“.)

73. Sitzung vom 30. März, 1 Uhr.

Nach Erledigung der Petitionen, die als zur Berathung im Plenum ungeeignet bezeichnet sind, wird der Reichsschuldencommission auf Grund ihres Berichts über ihre Thätigkeit Entlastung ertheilt und in dritter Berathung die von den Abgeordneten Moller-Dortmund und Hize eingebrachte Novelle zu dem Gesetze wegen einer einheitlichen Zeitbestimmung vom 12. März 1893 in dritter Lesung genehmigt.

Darauf wird die Berathung des Antrages des Grafen Kanitz fortgesetzt.

Abg. Graf Galen (Centr.): Der Antrag geht von einem Standpunkt aus, der nicht vereinbar ist mit der christlich-socialen Weltordnung; er geht aus von einem Standpunkt der Omnipotenz des Staates, die mit der christlichen Weltanschauung nicht vereinbar ist. Nach diesem Beispiel könnten alle anderen Stände kommen und eben solche Monopolmaßregeln für sich verlangen. Das ist der Socialismus, der sich im öffentlichen Leben schon immer breit gemacht hat. Diesem Vorschlag stehen wir jedoch gegenüber; aber wir können Alles thun, um der Nothlage der Landwirtschaft abzuwehren. Wir wollen auch diesen Antrag prüfen, ob er einen gesunden Kern enthält. Ich beantrage daher die Berathung desselben in einer Commission.

Abg. Barth (lib. Wahlb.): Der Antrag hat weniger eine parlamentarische, als vielmehr eine sehr starke agitatorische Bedeutung und Tragkraft. Wenn sich hier im Reichstage zwar nicht eine Mehrheit für den Antrag, aber für die commissarische Berathung findet, so wird man sagen: An dem Antrage muß doch etwas sein. Das Monopol an sich ist nicht der Hauptzweck des Antrages, sondern nur ein Mittel zum Zweck. Durch das Monopol sollen die Handelsverträge durchbrochen werden, um eine künstliche Erhöhung der Preise zu bewirken. Es kommt also alles darauf an, wie man zum Ziele selbst steht: zu der Festsetzung von Mindestpreisen für das Getreide. Die ganze Sache läuft hauptsächlich hinaus auf die Umlage einer Kopfsteuer in der Höhe der Differenz zwischen dem jetzigen Getreidepreise und den Normalpreisen für Getreide. Warum soll nur für Getreide eine solche Kopfsteuer eingeführt werden? Weshalb auch nicht für Kartoffeln oder Rüben? Oder auch für Industrieprodukte? Dann wird man schließlich auch zu Mindestlöhnen kommen müssen. Einen sichereren Vortheil haben von der Getreidezölle nur die 25.000 Betriebe, die mehr als 100 Hectar bewirtschaften. Sie umfassen etwa ein Viertel der non der Landwirtschaft bebauten Flächen. Aber handelt es sich dabei denn um die Landwirtschaft und nicht vielmehr lediglich um einzelne Landwirthe und Grundbesitzer? Darin liegt aber ein großer Unterschied; wenn nur Grundbesitzer leiden, dann stellt sich die Frage so: Wollen Sie die große Masse des Volks belasten zu Gunsten einer kleinen Anzahl von Grundbesitzern? Es handelt sich um eine Transfusion wirtschaftlichen Blutes von der großen

Zahl der Bevölkerung auf eine kleine Zahl von Grundbesitzern. Das muß unbedingt abgelehnt werden.

Abg. Graf Limburg-Stirum (cons.): Der Vorredner aus dem Centrum hat zwar für eine Commissionsberathung gesprochen, aber den Antrag aus prinzipiellen Gründen bekämpft. Diese Rede konnte ebenso gut bei einem kirchenpolitischen Gesetz gehalten werden, und solche Reden sind damals auch gehalten worden. Wäre es richtig, daß der Antrag ein Ausfluß des Materialismus ist, daß er im Gegensatz zum Christenthum steht, dann müßte das Centrum heute schon gegen den Antrag stimmen. (Sehr richtig! links.) Da dies nicht geschieht, so schließe ich daraus, daß der Antrag doch wohl noch eine andere Bedeutung hat. Herrn Barths Rede könnte ebenso gut gehalten werden gegen die Erhöhung der Getreidezölle. (Sehr richtig! links.) Es kommt häufiger vor, daß ein Theil der Bevölkerung etwas hergeben muß zu Gunsten eines anderen Theiles; aber das gleicht sich innerhalb des ganzen volkswirtschaftlichen Lebens aus. Wie kommen wir dazu, für Canäle und Wasserstraßen, die dem Handel hauptsächlich zu Gute kommen, Gelder zu verwenden, ohne daß die Interessenten dafür einen Pfennig bezahlen? (Sehr richtig! rechts.) Daß nur 25 Procent der Landwirthe von dem Antrage Vortheil haben, kann nur behauptet, aber nicht bewiesen werden. Ich glaube, daß weniger unter 5 Hectar kein Getreide verkaufen. Um die Landwirtschaft an sich, um eine Musterwirtschaft treiben wir keine Landwirtschaft, sondern um etwas zu verdienen. Die Mehrzahl der Landwirthe sind Grundbesitzer; also für die Grundbesitzer und für die Landwirtschaft soll gesorgt werden; die jetzigen Grundbesitzer sollen auf ihrer Scholle erhalten werden (Beifall rechts), die seit Generationen darauf sitzen. Es ist eine Sache der Allgemeinheit, sich dafür zu interessieren, denn die jetzigen Grundbesitzer sind die besten Stützen des Staates und der Monarchie. (Beifall rechts.) Der gegenwärtige Reichskanzler hat die Geschäfte in einer sehr schwierigen Lage übernommen. Wir sind verpflichtet, dem Reichskanzler keine Schwierigkeiten zu bereiten, wir können ihm keinen Vorwurf machen daraus, daß er jetzt erklärt, daß er den Antrag Kanitz nicht annehmen könne; aber wir setzen voraus, die weitere Ueberlegung wird dahin führen, daß man etwas aus dem Antrage Kanitz machen muß, um der Landwirtschaft zu helfen. Ein socialistischer Gedanke steckt in dem Antrage ebensoviele wie in den Schutzzöllen. (Sehr richtig! rechts.) Der Staatssecretär v. Marschall hat einen Widerspruch in unseren Deductionen gefunden darin, daß wir beim Abschluß der Handelsverträge behauptet hätten, die anderen Staaten hätten große Vortheile, und jetzt, daß sie keine Vortheile hätten. Die Zeiten haben sich geändert. Unsere Contractanten haben keinen Vortheil und wir den Schaden. Daß ein Monopol mit den Handelsverträgen vereinbar ist, darüber besteht kein Zweifel, auch wenn das Monopol sich nur auf ausländisches Getreide bezieht. Man könnte darüber wohl mit den Vertragsstaaten verhandeln, das würde der Würde des Reichs nicht widersprechen. Man sagt: Es würde ein Schwanken der Politik bedeuten; was haben wir denn anders gethan seit 5 Jahren, als in der Politik geschwankt? (Zustimmung rechts.) Wenn man wieder einlenken wollte in die Politik vor 1890,

so würde das eine große Begeisterung hervorrufen. (Beifall rechts.)

Staatssecretär v. Marschall: Die verbündeten Regierungen haben den Antrag von Anfang an außerordentlich ernsthaft genommen, weil dadurch Hoffnungen erweckt werden, von denen es zweifelhaft ist, ob sie erfüllt werden können. Wenn wir nicht Verwirrung in unsere handelspolitischen Beziehungen bringen wollen, können wir nicht mit den Vertragsmächten in Verhandlungen auf der angeregten Basis eintreten. Wenn wir die Verträge aufheben wollten, so würden wir das Vertrauen auf die Stabilität unserer Politik erschüttern. Wenn wir uns zu einer Leistung gegen eine gewisse Gegenleistung entschließen (Zuruf rechts: Wo ist die Gegenleistung?), und wir verlangen nachher die Gegenleistung und noch etwas dazu zurück, so kann das unmöglich zum Ziel führen. Die jetzigen Verhandlungen sollen den entgegengesetzten Zweck der früheren verfolgen, denn sie sollen den Verkehr mit dem Auslande nicht erleichtern, sondern erschweren. Dazu werden sich die verbündeten Regierungen niemals hergeben. Graf Limburg-Stirum gab bei den Handelsvertragsverhandlungen das geäußerte Wort zum Besten von dem Subsidienvertrage. Damit soll es jetzt nichts sein. Graf Limburg-Stirum hat das Wort vernichtet. Er hat erklärt, daß die Erwartungen Auslands und Oesterreichs nicht erfüllt seien. (Zuruf des Grafen Wirbach: Wir sind erst recht hereingefallen!) Danach wären also beide hereingefallen. Das widerspricht der früheren Behauptung, wonach wir allein hereingefallen sein sollten. Darüber kann kein Zweifel sein, ohne die Handelsverträge hätte unsere Ausfuhr einen großen Schaden erlitten durch die Absperrungsmaßregeln der anderen Staaten. Während wir jetzt eine gewisse Stabilität erreicht haben. Der Vorredner meinte, daß aus diesem Antrage Kanitz sich ein gesunder Kern herauslösen lassen würde. Ich fürchte, daß der Antrag prinzipiell undurchführbar ist. Wir ist nicht klar geworden, wie Graf Kanitz die Ausführung des Antrages sich denkt. Es schien mir ein gewisses Schwanken zwischen zwei Tendenzen vorhanden zu sein. Das Reich soll die Verantwortlichkeit für die gesammte Getreideversorgung des Landes übernehmen. Es sollen dabei auch die verschiedenen Bedürfnisse und Qualitäten berücksichtigt werden. Wie soll das gemacht werden? Die Ernteernte erscheint doch erst lange nach der Ernte. Wie kann das Reich den Bedarf richtig bemessen? Wie kann das inländische Getreide ohne Weiteres den Normalpreis erreichen? Wenn 500.000 Tonnen Getreide zu viel vom Auslande bezogen werden, so ist ebensolch inländisches Getreide unterkäuflich. Die Landwirthe wollen doch nicht bloß, daß der Getreidepreis auf dem Papier steigt, sondern es auch zu dem hohen Preise los werden. Das Reich muß also für einen Käufer sorgen. Wenn sich diese praktischen Folgen herausstellen, wenn die Bauern mit ihrem Getreide sitzen bleiben, dann wird der Enthusiasmus für den Antrag Kanitz bald schwinden. (Sehr richtig! links.) Je größer die Nothlage der Landwirtschaft, je gerechter die Unzufriedenheit darüber, je intensiver die Erregung in den landwirtschaftlichen Kreisen in diesem Augenblicke ist, um so ernster und sorgfältiger müssen wir uns davor hüten, Hoff-

Das Stimmrecht der Frauen.

Bekanntlich ist kürzlich in Südastralien das Frauenstimmrecht eingeführt worden und das Land ist darin dem Beispiele von Neuseeland gefolgt, das bereits durch Gesetz vom 19. September 1893 das politische Stimmrecht der Frauen eingeführt hat. Zwei Monate später haben, zum ersten Male unter Theilnahme der Frauen, die Parlamentswahlen stattgefunden. Die Zahl der eingeschriebenen Wahlberechtigten betrug, wie eine neuerdings veröffentlichte Statistik darlegt, 302,997, davon 193,536 Männer und 109,461 Frauen. An der ersten Abstimmung beteiligten sich 129,792 Männer und 90,290 Frauen. Da die Zahl der Frauen, die nach ihrem Alter und ihrer Beschäftigung Anspruch auf das Wahlrecht hatten, 130,915 betrug, so ergibt sich, daß 78,2 Procent der wahlberechtigten Frauen aus eigenem Antrieb ihre Einschreibung in die Wählerliste verlangten. Unter den Einschriebenen haben dann 85,18 Procent ihr Wahlrecht wirklich ausgeübt. Von den Männern sind nur 87 Procent zur Urne gegangen. Dieses Ergebnis widerlegt jedenfalls die Behauptung, daß die Frauen das politische Stimmrecht nicht wollen oder daß sie es, wenn sie es haben, nicht benützen.

Wie ist nun aber diese erste Wahl mit dem Frauenstimmrecht ausgefallen? Das Ergebnis war, die Vernichtung der gemäßigten Partei und der Sieg der Radical-Socialisten. Dieser Ausfall hat nun allerdings manche Anhänger des Frauenstimmrechts fuzig gemacht und viele Gegner in ihrer Abneigung gegen dasselbe bekräftigt. In England ist es darüber zu einem literarischen Streit gekommen, in dem Frau Millicent Fawcett, die Wittve des ehemaligen Generalpostmeisters, energisch am Recht der Frauen, trotz des Ausfalls der Wahl in Neuseeland, festhält. Ein Mitarbeiter der „Independance belge“, Herr Louis Frank, hat sich nun direkt an Sir John Hall in Neuseeland gewendet, um seine Meinung zu erfahren. Sir John Hall, der Urheber des Gesetzes vom 19. September 1893, ist ein alter australischer Parlamentarier; er war Cabinets-

chef von 1879—1882 und ist der anerkannte Führer der conservativen Partei in Neuseeland. Auf die gestellte Anfrage antwortete Sir John Hall in einem Briefe vom 30. November 1894, in welchem er zunächst feststellte, daß der Sieg der Radical-Socialisten andere Ursachen habe als die Beteilung der Frauen an der Wahl. So viel man angesichts der geheimen Abstimmung urtheilen könne, hätten die Frauen im Allgemeinen nach der gleichen Richtung gestimmt wie die Männer ihrer Familien, also verheirathete Frauen wie ihre Männer, Töchter und Schwwestern wie ihre Väter und Brüder. Nur zwei Ausnahmen gebe es in diesem Princip. Da, wo ein Temperenz-Candidat aufgestellt war, haben die Frauen alle für ihn gestimmt, so daß mehrere absolute Gegner des Alkohols gewählt wurden. Ferner haben in den Industriedistricten diejenigen Frauen, die in Fabriken und Werkstätten arbeiten, meistens für die socialistischen Candidaten gestimmt, auch wenn die Männer ihrer Familie keine Socialisten waren. Das Ergebnis der Wahl wäre wahrscheinlich das gleiche gewesen, auch wenn das Frauenstimmrecht nicht eingeführt worden wäre. Zum Schluß hebt Sir John Hall als die wichtigste Erscheinung den Umstand hervor, daß so viele Frauen sich in die Wählerlisten einschreiben ließen, obgleich der Termin nur sehr kurz bemessen war. Das beweise, daß die Frauen politische Rechte wünschen und sie auch benützen wollen. Der Versuch sei also gelungen und die große Reform habe einen bedeutenden Erfolg aufzuweisen.

So Sir John Hall. Jedenfalls hat durch den Ausfall der Wahl in Neuseeland sich Südastralien nicht abhalten lassen, das politische Stimmrecht der Frauen auch bei sich einzuführen.

England weist ebenfalls Fortschritte auf diesem Gebiete auf. Im Kirchspiel-Gesetz vom 5. März 1894 ist das Wahlrecht und die Wählbarkeit für Kirchen-, Schul- und Armenräthe nicht bloß den ledigen Töchtern und Wittwen, sondern auch allen verheiratheten Frauen zugesprochen worden, die ein besonderes Eigenhum besitzen. Zu der ersten Wahl nach diesem Gesetze, die im vergangenen December stattfand,

stellten sich 458 weibliche Candidaten, und von diesen sind 391 gewählt worden, die nunmehr in den Kirchen-, Schul- und Armenräthen von England und Wales sitzen.

Vom übrigen Europa ist namentlich Finland zu bemerken, wo Frauen in vielen Geschäften und Anstalten thätig sind: Der zweite Kassier der finnischen Staatsbank ist eine Frau, an der Universität Helsingfors studirten im letzten Jahre 81 Mädchen; die Frauen nehmen Theil an der Pfarrwahl und können in die Schul- und Armenräthe gewählt werden. Im letzten Jahre standen 45 Frauen an der Spitze von Arbeitshäusern und 125 waren Mitglieder von Armenräthen.

Aus Amerika sind weitere Fortschritte zu berichten. Im Staate Wyoming, wo die Frauen seit 1869 mit den Männern gleichberechtigt sind, ist Miss Neal an die Spitze des Unterrichtsministeriums berufen worden; sie schlug bei der Wahl ihren Mitbewerber Arthur Matthews mit 3500 Stimmen Majorität und trat ihr Amt am 7. Januar an. Im Staate Colorado, wo die Frauen im December 1893 das politische Stimmrecht erhielten, wurden bei den letzten Wahlen drei Frauen ins Parlament gewählt; es sind Mrs. Frances Klock, Mrs. Clara Creffingham und Mrs. Carrie Holley de Pueblo; die zweite hat sich durch ihre politische Energie und Beredsamkeit bereits einen bedeutenden Ruf erworben. Das sind die ersten Frauen, die in Amerika in einem Parlament sind. In demselben Staate Colorado steht ebenfalls eine Frau, Mrs. Angenette Peary, an der Spitze des Unterrichtsministeriums. Um wieder nach Neuseeland zurückzukehren, sei noch erwähnt, daß dort die Frauen auch für die Gemeindeverwaltung wahlberechtigt und wählbar sind; seit Kurzem ist eine Frau, Mrs. Yates, Bürgermeisterin von Onehunga. Das ist überhaupt der erste Fall in der ganzen Welt, daß eine Frau an der Spitze einer Stadtvertretung steht.

nungen und Erwartungen zu erwecken von denen wir nicht gewiß wissen, ob wir sie befriedigen können. (Lebhafte Zustimmung links.)

Herr v. Bismarck (Soz.) hält es nicht für richtig, den Antrag durch das Urtheil des Staatsraths, einer Körperschaft ohne jegliche politische Autorität, für abgethan zu crachten. Man soll den Gegner niemals unterschätzen und sich nicht selbstgefälligen Selbsttäuschungen hingeben. (Sehr richtig! rechts.) Die bestehende Agrarfrage hat einen solchen Umfang angenommen, daß ihre politischen und wirtschaftlichen Folgen sich noch nicht übersehen lassen. Die dadurch geschaffene Beunruhigung hat weite Volkskreise ergriffen und auch das Centrum ist dadurch mehr angegriffen, als es selbst zugehehen will. (Heiterkeit.) Was will man den eigentlich? Die Preise steigen auf Kosten der großen Masse des arbeitenden Volkes der eigenen Landesangehörigen. Von dem Schutzoll haben die Besitzer, die damals vorhanden waren, einen Vortheil gehabt, ihre Nachfolger nicht mehr. Wären die Handelsverträge nicht abgefaßt worden, wäre der Zoll von 5 Mark geblieben, so wäre uns die Debatte erspart geblieben; denn im Grunde bedeutet der Antrag nichts anderes, als die Forderung eines Grenzbezuges von 10 Mark, also eine Steigerung über alles bisher bekannte Maß hinaus. Die Steigerung der Preise hat schon eine Verminderung des deutschen Proconsums herbeigeführt. Was würde erst bei den kanakischen Normalpreisen eintreten, die den Weltmarktpreis verdoppeln! Deshalb war das Wort vom Brotwucher vollständig berechtigt. Von dieser Auswanderung sollte zunächst der Mensch vertheilt haben, um Ausgaben für Nahrung und Heer zu bestreiten, dann haben sich die Herren Landwirthe demut, die Bauern in den Vordergrund zu stellen. In Bezug auf die Sprache ist es ihnen so ziemlich gelungen, was selbst als Bauern darzustellen. Aber diese Vermuthung wird bald durchschaut, wenn man sich die Statistik anschaut, die der Reichstanzler noch viel zu milde beurtheilt hat. Die Bauern würden den größten Schaden von dem Antrag haben, weil dieser den proconsumtivistischen landwirtschaftlichen Betrieb stärken würde. Die Landwirthe, das die Sozialdemokraten die Bauern beunruhigen wollen, und durch ihre öftere Wiederholung nicht wahr. Sie wollen die Bauern mehr künstlich erheben, aber wir wollen sie schon bei der Handlung des agrarischen Proconsums und was im Interesse der Landarbeiter. Denn die Landarbeiter sind die Basis im heutigen Staate. Das Justizministerium ist nicht eigentlich der Herr der Rechte, der wie ein göttlicher Wohlthäter auf der ganzen wohnenden Bevölkerung Deutschlands liegt. Sind Sie nicht mehr mehr jubelnd dabei, wenn es sich um Casarismus und Absolutismus handelt? (Links! rechts.) Ja wenn es Ihnen nicht auf den Zweck geht, (Heiterkeit.) Heizen Sie nicht durch zum Bürgerkrieg auf, wie es schon zu Herrschaft geblieben ist, ohne daß einer der anwesenden Minister oder sonst ein besonnener Mann dagegen Widerstand erhoben hätte! (Sehr richtig! links.) Wenn in dem Antrag keine ein Zirkel Sozialismus heißt, so ist es der Sozialismus, den ein geistreicher Franzose dahin definiert hat: Le socialisme c'est l'argent des autres. Warum soll der Normalpreis bloß für Roggen und Weizen, nicht für andere landwirtschaftliche Produkte, für Holz und Vieh gelten? Eine Normalpreis würde auch von der Industrie verlangt werden und schließlich würde ein Normallohn für die Arbeiter gefordert werden und zwar mit dem allerbesten Recht. Sie (rechts) wollen die bestehende Gesellschaftsordnung aufrecht erhalten, aber wo Sie unangenehme Folgen heraufbeschwören, wollen Sie Sozialismus reiben. Das ist die Anlage des Ministeriums der heutigen Gesellschaftsordnung. Die Selbstthätigkeit gezeigt zu haben, von der die herrschenden Klassen heute sind, ist das Verdienst des Antragstellers. Es ist eine Ironie des Schicksals, daß der Bestämpfer für Thron und Altar diejenigen, die das Kaiserthum retten wollen, mit Hilfe der Landwirthe, die die Arbeiter der Gesellschaftsordnung nicht beunruhigen. Sie können mit aller Gemessenheit unsere jetzt besonnen und werden deshalb gegen den Antrag stimmen. (Sehr richtig! links.)

Herr v. Bismarck (Soz.) hält es nicht für richtig, den Antrag durch das Urtheil des Staatsraths, einer Körperschaft ohne jegliche politische Autorität, für abgethan zu crachten. Man soll den Gegner niemals unterschätzen und sich nicht selbstgefälligen Selbsttäuschungen hingeben. (Sehr richtig! rechts.) Die bestehende Agrarfrage hat einen solchen Umfang angenommen, daß ihre politischen und wirtschaftlichen Folgen sich noch nicht übersehen lassen. Die dadurch geschaffene Beunruhigung hat weite Volkskreise ergriffen und auch das Centrum ist dadurch mehr angegriffen, als es selbst zugehehen will. (Heiterkeit.) Was will man den eigentlich? Die Preise steigen auf Kosten der großen Masse des arbeitenden Volkes der eigenen Landesangehörigen. Von dem Schutzoll haben die Besitzer, die damals vorhanden waren, einen Vortheil gehabt, ihre Nachfolger nicht mehr. Wären die Handelsverträge nicht abgefaßt worden, wäre der Zoll von 5 Mark geblieben, so wäre uns die Debatte erspart geblieben; denn im Grunde bedeutet der Antrag nichts anderes, als die Forderung eines Grenzbezuges von 10 Mark, also eine Steigerung über alles bisher bekannte Maß hinaus. Die Steigerung der Preise hat schon eine Verminderung des deutschen Proconsums herbeigeführt. Was würde erst bei den kanakischen Normalpreisen eintreten, die den Weltmarktpreis verdoppeln! Deshalb war das Wort vom Brotwucher vollständig berechtigt. Von dieser Auswanderung sollte zunächst der Mensch vertheilt haben, um Ausgaben für Nahrung und Heer zu bestreiten, dann haben sich die Herren Landwirthe demut, die Bauern in den Vordergrund zu stellen. In Bezug auf die Sprache ist es ihnen so ziemlich gelungen, was selbst als Bauern darzustellen. Aber diese Vermuthung wird bald durchschaut, wenn man sich die Statistik anschaut, die der Reichstanzler noch viel zu milde beurtheilt hat. Die Bauern würden den größten Schaden von dem Antrag haben, weil dieser den proconsumtivistischen landwirtschaftlichen Betrieb stärken würde. Die Landwirthe, das die Sozialdemokraten die Bauern beunruhigen wollen, und durch ihre öftere Wiederholung nicht wahr. Sie wollen die Bauern mehr künstlich erheben, aber wir wollen sie schon bei der Handlung des agrarischen Proconsums und was im Interesse der Landarbeiter. Denn die Landarbeiter sind die Basis im heutigen Staate. Das Justizministerium ist nicht eigentlich der Herr der Rechte, der wie ein göttlicher Wohlthäter auf der ganzen wohnenden Bevölkerung Deutschlands liegt. Sind Sie nicht mehr mehr jubelnd dabei, wenn es sich um Casarismus und Absolutismus handelt? (Links! rechts.) Ja wenn es Ihnen nicht auf den Zweck geht, (Heiterkeit.) Heizen Sie nicht durch zum Bürgerkrieg auf, wie es schon zu Herrschaft geblieben ist, ohne daß einer der anwesenden Minister oder sonst ein besonnener Mann dagegen Widerstand erhoben hätte! (Sehr richtig! links.) Wenn in dem Antrag keine ein Zirkel Sozialismus heißt, so ist es der Sozialismus, den ein geistreicher Franzose dahin definiert hat: Le socialisme c'est l'argent des autres. Warum soll der Normalpreis bloß für Roggen und Weizen, nicht für andere landwirtschaftliche Produkte, für Holz und Vieh gelten? Eine Normalpreis würde auch von der Industrie verlangt werden und schließlich würde ein Normallohn für die Arbeiter gefordert werden und zwar mit dem allerbesten Recht. Sie (rechts) wollen die bestehende Gesellschaftsordnung aufrecht erhalten, aber wo Sie unangenehme Folgen heraufbeschwören, wollen Sie Sozialismus reiben. Das ist die Anlage des Ministeriums der heutigen Gesellschaftsordnung. Die Selbstthätigkeit gezeigt zu haben, von der die herrschenden Klassen heute sind, ist das Verdienst des Antragstellers. Es ist eine Ironie des Schicksals, daß der Bestämpfer für Thron und Altar diejenigen, die das Kaiserthum retten wollen, mit Hilfe der Landwirthe, die die Arbeiter der Gesellschaftsordnung nicht beunruhigen. Sie können mit aller Gemessenheit unsere jetzt besonnen und werden deshalb gegen den Antrag stimmen. (Sehr richtig! links.)

Herr v. Bismarck (Soz.) hält es nicht für richtig, den Antrag durch das Urtheil des Staatsraths, einer Körperschaft ohne jegliche politische Autorität, für abgethan zu crachten. Man soll den Gegner niemals unterschätzen und sich nicht selbstgefälligen Selbsttäuschungen hingeben. (Sehr richtig! rechts.) Die bestehende Agrarfrage hat einen solchen Umfang angenommen, daß ihre politischen und wirtschaftlichen Folgen sich noch nicht übersehen lassen. Die dadurch geschaffene Beunruhigung hat weite Volkskreise ergriffen und auch das Centrum ist dadurch mehr angegriffen, als es selbst zugehehen will. (Heiterkeit.) Was will man den eigentlich? Die Preise steigen auf Kosten der großen Masse des arbeitenden Volkes der eigenen Landesangehörigen. Von dem Schutzoll haben die Besitzer, die damals vorhanden waren, einen Vortheil gehabt, ihre Nachfolger nicht mehr. Wären die Handelsverträge nicht abgefaßt worden, wäre der Zoll von 5 Mark geblieben, so wäre uns die Debatte erspart geblieben; denn im Grunde bedeutet der Antrag nichts anderes, als die Forderung eines Grenzbezuges von 10 Mark, also eine Steigerung über alles bisher bekannte Maß hinaus. Die Steigerung der Preise hat schon eine Verminderung des deutschen Proconsums herbeigeführt. Was würde erst bei den kanakischen Normalpreisen eintreten, die den Weltmarktpreis verdoppeln! Deshalb war das Wort vom Brotwucher vollständig berechtigt. Von dieser Auswanderung sollte zunächst der Mensch vertheilt haben, um Ausgaben für Nahrung und Heer zu bestreiten, dann haben sich die Herren Landwirthe demut, die Bauern in den Vordergrund zu stellen. In Bezug auf die Sprache ist es ihnen so ziemlich gelungen, was selbst als Bauern darzustellen. Aber diese Vermuthung wird bald durchschaut, wenn man sich die Statistik anschaut, die der Reichstanzler noch viel zu milde beurtheilt hat. Die Bauern würden den größten Schaden von dem Antrag haben, weil dieser den proconsumtivistischen landwirtschaftlichen Betrieb stärken würde. Die Landwirthe, das die Sozialdemokraten die Bauern beunruhigen wollen, und durch ihre öftere Wiederholung nicht wahr. Sie wollen die Bauern mehr künstlich erheben, aber wir wollen sie schon bei der Handlung des agrarischen Proconsums und was im Interesse der Landarbeiter. Denn die Landarbeiter sind die Basis im heutigen Staate. Das Justizministerium ist nicht eigentlich der Herr der Rechte, der wie ein göttlicher Wohlthäter auf der ganzen wohnenden Bevölkerung Deutschlands liegt. Sind Sie nicht mehr mehr jubelnd dabei, wenn es sich um Casarismus und Absolutismus handelt? (Links! rechts.) Ja wenn es Ihnen nicht auf den Zweck geht, (Heiterkeit.) Heizen Sie nicht durch zum Bürgerkrieg auf, wie es schon zu Herrschaft geblieben ist, ohne daß einer der anwesenden Minister oder sonst ein besonnener Mann dagegen Widerstand erhoben hätte! (Sehr richtig! links.) Wenn in dem Antrag keine ein Zirkel Sozialismus heißt, so ist es der Sozialismus, den ein geistreicher Franzose dahin definiert hat: Le socialisme c'est l'argent des autres. Warum soll der Normalpreis bloß für Roggen und Weizen, nicht für andere landwirtschaftliche Produkte, für Holz und Vieh gelten? Eine Normalpreis würde auch von der Industrie verlangt werden und schließlich würde ein Normallohn für die Arbeiter gefordert werden und zwar mit dem allerbesten Recht. Sie (rechts) wollen die bestehende Gesellschaftsordnung aufrecht erhalten, aber wo Sie unangenehme Folgen heraufbeschwören, wollen Sie Sozialismus reiben. Das ist die Anlage des Ministeriums der heutigen Gesellschaftsordnung. Die Selbstthätigkeit gezeigt zu haben, von der die herrschenden Klassen heute sind, ist das Verdienst des Antragstellers. Es ist eine Ironie des Schicksals, daß der Bestämpfer für Thron und Altar diejenigen, die das Kaiserthum retten wollen, mit Hilfe der Landwirthe, die die Arbeiter der Gesellschaftsordnung nicht beunruhigen. Sie können mit aller Gemessenheit unsere jetzt besonnen und werden deshalb gegen den Antrag stimmen. (Sehr richtig! links.)

Herr v. Bismarck (Soz.) hält es nicht für richtig, den Antrag durch das Urtheil des Staatsraths, einer Körperschaft ohne jegliche politische Autorität, für abgethan zu crachten. Man soll den Gegner niemals unterschätzen und sich nicht selbstgefälligen Selbsttäuschungen hingeben. (Sehr richtig! rechts.) Die bestehende Agrarfrage hat einen solchen Umfang angenommen, daß ihre politischen und wirtschaftlichen Folgen sich noch nicht übersehen lassen. Die dadurch geschaffene Beunruhigung hat weite Volkskreise ergriffen und auch das Centrum ist dadurch mehr angegriffen, als es selbst zugehehen will. (Heiterkeit.) Was will man den eigentlich? Die Preise steigen auf Kosten der großen Masse des arbeitenden Volkes der eigenen Landesangehörigen. Von dem Schutzoll haben die Besitzer, die damals vorhanden waren, einen Vortheil gehabt, ihre Nachfolger nicht mehr. Wären die Handelsverträge nicht abgefaßt worden, wäre der Zoll von 5 Mark geblieben, so wäre uns die Debatte erspart geblieben; denn im Grunde bedeutet der Antrag nichts anderes, als die Forderung eines Grenzbezuges von 10 Mark, also eine Steigerung über alles bisher bekannte Maß hinaus. Die Steigerung der Preise hat schon eine Verminderung des deutschen Proconsums herbeigeführt. Was würde erst bei den kanakischen Normalpreisen eintreten, die den Weltmarktpreis verdoppeln! Deshalb war das Wort vom Brotwucher vollständig berechtigt. Von dieser Auswanderung sollte zunächst der Mensch vertheilt haben, um Ausgaben für Nahrung und Heer zu bestreiten, dann haben sich die Herren Landwirthe demut, die Bauern in den Vordergrund zu stellen. In Bezug auf die Sprache ist es ihnen so ziemlich gelungen, was selbst als Bauern darzustellen. Aber diese Vermuthung wird bald durchschaut, wenn man sich die Statistik anschaut, die der Reichstanzler noch viel zu milde beurtheilt hat. Die Bauern würden den größten Schaden von dem Antrag haben, weil dieser den proconsumtivistischen landwirtschaftlichen Betrieb stärken würde. Die Landwirthe, das die Sozialdemokraten die Bauern beunruhigen wollen, und durch ihre öftere Wiederholung nicht wahr. Sie wollen die Bauern mehr künstlich erheben, aber wir wollen sie schon bei der Handlung des agrarischen Proconsums und was im Interesse der Landarbeiter. Denn die Landarbeiter sind die Basis im heutigen Staate. Das Justizministerium ist nicht eigentlich der Herr der Rechte, der wie ein göttlicher Wohlthäter auf der ganzen wohnenden Bevölkerung Deutschlands liegt. Sind Sie nicht mehr mehr jubelnd dabei, wenn es sich um Casarismus und Absolutismus handelt? (Links! rechts.) Ja wenn es Ihnen nicht auf den Zweck geht, (Heiterkeit.) Heizen Sie nicht durch zum Bürgerkrieg auf, wie es schon zu Herrschaft geblieben ist, ohne daß einer der anwesenden Minister oder sonst ein besonnener Mann dagegen Widerstand erhoben hätte! (Sehr richtig! links.) Wenn in dem Antrag keine ein Zirkel Sozialismus heißt, so ist es der Sozialismus, den ein geistreicher Franzose dahin definiert hat: Le socialisme c'est l'argent des autres. Warum soll der Normalpreis bloß für Roggen und Weizen, nicht für andere landwirtschaftliche Produkte, für Holz und Vieh gelten? Eine Normalpreis würde auch von der Industrie verlangt werden und schließlich würde ein Normallohn für die Arbeiter gefordert werden und zwar mit dem allerbesten Recht. Sie (rechts) wollen die bestehende Gesellschaftsordnung aufrecht erhalten, aber wo Sie unangenehme Folgen heraufbeschwören, wollen Sie Sozialismus reiben. Das ist die Anlage des Ministeriums der heutigen Gesellschaftsordnung. Die Selbstthätigkeit gezeigt zu haben, von der die herrschenden Klassen heute sind, ist das Verdienst des Antragstellers. Es ist eine Ironie des Schicksals, daß der Bestämpfer für Thron und Altar diejenigen, die das Kaiserthum retten wollen, mit Hilfe der Landwirthe, die die Arbeiter der Gesellschaftsordnung nicht beunruhigen. Sie können mit aller Gemessenheit unsere jetzt besonnen und werden deshalb gegen den Antrag stimmen. (Sehr richtig! links.)

Herr v. Bismarck (Soz.) hält es nicht für richtig, den Antrag durch das Urtheil des Staatsraths, einer Körperschaft ohne jegliche politische Autorität, für abgethan zu crachten. Man soll den Gegner niemals unterschätzen und sich nicht selbstgefälligen Selbsttäuschungen hingeben. (Sehr richtig! rechts.) Die bestehende Agrarfrage hat einen solchen Umfang angenommen, daß ihre politischen und wirtschaftlichen Folgen sich noch nicht übersehen lassen. Die dadurch geschaffene Beunruhigung hat weite Volkskreise ergriffen und auch das Centrum ist dadurch mehr angegriffen, als es selbst zugehehen will. (Heiterkeit.) Was will man den eigentlich? Die Preise steigen auf Kosten der großen Masse des arbeitenden Volkes der eigenen Landesangehörigen. Von dem Schutzoll haben die Besitzer, die damals vorhanden waren, einen Vortheil gehabt, ihre Nachfolger nicht mehr. Wären die Handelsverträge nicht abgefaßt worden, wäre der Zoll von 5 Mark geblieben, so wäre uns die Debatte erspart geblieben; denn im Grunde bedeutet der Antrag nichts anderes, als die Forderung eines Grenzbezuges von 10 Mark, also eine Steigerung über alles bisher bekannte Maß hinaus. Die Steigerung der Preise hat schon eine Verminderung des deutschen Proconsums herbeigeführt. Was würde erst bei den kanakischen Normalpreisen eintreten, die den Weltmarktpreis verdoppeln! Deshalb war das Wort vom Brotwucher vollständig berechtigt. Von dieser Auswanderung sollte zunächst der Mensch vertheilt haben, um Ausgaben für Nahrung und Heer zu bestreiten, dann haben sich die Herren Landwirthe demut, die Bauern in den Vordergrund zu stellen. In Bezug auf die Sprache ist es ihnen so ziemlich gelungen, was selbst als Bauern darzustellen. Aber diese Vermuthung wird bald durchschaut, wenn man sich die Statistik anschaut, die der Reichstanzler noch viel zu milde beurtheilt hat. Die Bauern würden den größten Schaden von dem Antrag haben, weil dieser den proconsumtivistischen landwirtschaftlichen Betrieb stärken würde. Die Landwirthe, das die Sozialdemokraten die Bauern beunruhigen wollen, und durch ihre öftere Wiederholung nicht wahr. Sie wollen die Bauern mehr künstlich erheben, aber wir wollen sie schon bei der Handlung des agrarischen Proconsums und was im Interesse der Landarbeiter. Denn die Landarbeiter sind die Basis im heutigen Staate. Das Justizministerium ist nicht eigentlich der Herr der Rechte, der wie ein göttlicher Wohlthäter auf der ganzen wohnenden Bevölkerung Deutschlands liegt. Sind Sie nicht mehr mehr jubelnd dabei, wenn es sich um Casarismus und Absolutismus handelt? (Links! rechts.) Ja wenn es Ihnen nicht auf den Zweck geht, (Heiterkeit.) Heizen Sie nicht durch zum Bürgerkrieg auf, wie es schon zu Herrschaft geblieben ist, ohne daß einer der anwesenden Minister oder sonst ein besonnener Mann dagegen Widerstand erhoben hätte! (Sehr richtig! links.) Wenn in dem Antrag keine ein Zirkel Sozialismus heißt, so ist es der Sozialismus, den ein geistreicher Franzose dahin definiert hat: Le socialisme c'est l'argent des autres. Warum soll der Normalpreis bloß für Roggen und Weizen, nicht für andere landwirtschaftliche Produkte, für Holz und Vieh gelten? Eine Normalpreis würde auch von der Industrie verlangt werden und schließlich würde ein Normallohn für die Arbeiter gefordert werden und zwar mit dem allerbesten Recht. Sie (rechts) wollen die bestehende Gesellschaftsordnung aufrecht erhalten, aber wo Sie unangenehme Folgen heraufbeschwören, wollen Sie Sozialismus reiben. Das ist die Anlage des Ministeriums der heutigen Gesellschaftsordnung. Die Selbstthätigkeit gezeigt zu haben, von der die herrschenden Klassen heute sind, ist das Verdienst des Antragstellers. Es ist eine Ironie des Schicksals, daß der Bestämpfer für Thron und Altar diejenigen, die das Kaiserthum retten wollen, mit Hilfe der Landwirthe, die die Arbeiter der Gesellschaftsordnung nicht beunruhigen. Sie können mit aller Gemessenheit unsere jetzt besonnen und werden deshalb gegen den Antrag stimmen. (Sehr richtig! links.)

Herr v. Bismarck (Soz.) hält es nicht für richtig, den Antrag durch das Urtheil des Staatsraths, einer Körperschaft ohne jegliche politische Autorität, für abgethan zu crachten. Man soll den Gegner niemals unterschätzen und sich nicht selbstgefälligen Selbsttäuschungen hingeben. (Sehr richtig! rechts.) Die bestehende Agrarfrage hat einen solchen Umfang angenommen, daß ihre politischen und wirtschaftlichen Folgen sich noch nicht übersehen lassen. Die dadurch geschaffene Beunruhigung hat weite Volkskreise ergriffen und auch das Centrum ist dadurch mehr angegriffen, als es selbst zugehehen will. (Heiterkeit.) Was will man den eigentlich? Die Preise steigen auf Kosten der großen Masse des arbeitenden Volkes der eigenen Landesangehörigen. Von dem Schutzoll haben die Besitzer, die damals vorhanden waren, einen Vortheil gehabt, ihre Nachfolger nicht mehr. Wären die Handelsverträge nicht abgefaßt worden, wäre der Zoll von 5 Mark geblieben, so wäre uns die Debatte erspart geblieben; denn im Grunde bedeutet der Antrag nichts anderes, als die Forderung eines Grenzbezuges von 10 Mark, also eine Steigerung über alles bisher bekannte Maß hinaus. Die Steigerung der Preise hat schon eine Verminderung des deutschen Proconsums herbeigeführt. Was würde erst bei den kanakischen Normalpreisen eintreten, die den Weltmarktpreis verdoppeln! Deshalb war das Wort vom Brotwucher vollständig berechtigt. Von dieser Auswanderung sollte zunächst der Mensch vertheilt haben, um Ausgaben für Nahrung und Heer zu bestreiten, dann haben sich die Herren Landwirthe demut, die Bauern in den Vordergrund zu stellen. In Bezug auf die Sprache ist es ihnen so ziemlich gelungen, was selbst als Bauern darzustellen. Aber diese Vermuthung wird bald durchschaut, wenn man sich die Statistik anschaut, die der Reichstanzler noch viel zu milde beurtheilt hat. Die Bauern würden den größten Schaden von dem Antrag haben, weil dieser den proconsumtivistischen landwirtschaftlichen Betrieb stärken würde. Die Landwirthe, das die Sozialdemokraten die Bauern beunruhigen wollen, und durch ihre öftere Wiederholung nicht wahr. Sie wollen die Bauern mehr künstlich erheben, aber wir wollen sie schon bei der Handlung des agrarischen Proconsums und was im Interesse der Landarbeiter. Denn die Landarbeiter sind die Basis im heutigen Staate. Das Justizministerium ist nicht eigentlich der Herr der Rechte, der wie ein göttlicher Wohlthäter auf der ganzen wohnenden Bevölkerung Deutschlands liegt. Sind Sie nicht mehr mehr jubelnd dabei, wenn es sich um Casarismus und Absolutismus handelt? (Links! rechts.) Ja wenn es Ihnen nicht auf den Zweck geht, (Heiterkeit.) Heizen Sie nicht durch zum Bürgerkrieg auf, wie es schon zu Herrschaft geblieben ist, ohne daß einer der anwesenden Minister oder sonst ein besonnener Mann dagegen Widerstand erhoben hätte! (Sehr richtig! links.) Wenn in dem Antrag keine ein Zirkel Sozialismus heißt, so ist es der Sozialismus, den ein geistreicher Franzose dahin definiert hat: Le socialisme c'est l'argent des autres. Warum soll der Normalpreis bloß für Roggen und Weizen, nicht für andere landwirtschaftliche Produkte, für Holz und Vieh gelten? Eine Normalpreis würde auch von der Industrie verlangt werden und schließlich würde ein Normallohn für die Arbeiter gefordert werden und zwar mit dem allerbesten Recht. Sie (rechts) wollen die bestehende Gesellschaftsordnung aufrecht erhalten, aber wo Sie unangenehme Folgen heraufbeschwören, wollen Sie Sozialismus reiben. Das ist die Anlage des Ministeriums der heutigen Gesellschaftsordnung. Die Selbstthätigkeit gezeigt zu haben, von der die herrschenden Klassen heute sind, ist das Verdienst des Antragstellers. Es ist eine Ironie des Schicksals, daß der Bestämpfer für Thron und Altar diejenigen, die das Kaiserthum retten wollen, mit Hilfe der Landwirthe, die die Arbeiter der Gesellschaftsordnung nicht beunruhigen. Sie können mit aller Gemessenheit unsere jetzt besonnen und werden deshalb gegen den Antrag stimmen. (Sehr richtig! links.)

Herr v. Bismarck (Soz.) hält es nicht für richtig, den Antrag durch das Urtheil des Staatsraths, einer Körperschaft ohne jegliche politische Autorität, für abgethan zu crachten. Man soll den Gegner niemals unterschätzen und sich nicht selbstgefälligen Selbsttäuschungen hingeben. (Sehr richtig! rechts.) Die bestehende Agrarfrage hat einen solchen Umfang angenommen, daß ihre politischen und wirtschaftlichen Folgen sich noch nicht übersehen lassen. Die dadurch geschaffene Beunruhigung hat weite Volkskreise ergriffen und auch das Centrum ist dadurch mehr angegriffen, als es selbst zugehehen will. (Heiterkeit.) Was will man den eigentlich? Die Preise steigen auf Kosten der großen Masse des arbeitenden Volkes der eigenen Landesangehörigen. Von dem Schutzoll haben die Besitzer, die damals vorhanden waren, einen Vortheil gehabt, ihre Nachfolger nicht mehr. Wären die Handelsverträge nicht abgefaßt worden, wäre der Zoll von 5 Mark geblieben, so wäre uns die Debatte erspart geblieben; denn im Grunde bedeutet der Antrag nichts anderes, als die Forderung eines Grenzbezuges von 10 Mark, also eine Steigerung über alles bisher bekannte Maß hinaus. Die Steigerung der Preise hat schon eine Verminderung des deutschen Proconsums herbeigeführt. Was würde erst bei den kanakischen Normalpreisen eintreten, die den Weltmarktpreis verdoppeln! Deshalb war das Wort vom Brotwucher vollständig berechtigt. Von dieser Auswanderung sollte zunächst der Mensch vertheilt haben, um Ausgaben für Nahrung und Heer zu bestreiten, dann haben sich die Herren Landwirthe demut, die Bauern in den Vordergrund zu stellen. In Bezug auf die Sprache ist es ihnen so ziemlich gelungen, was selbst als Bauern darzustellen. Aber diese Vermuthung wird bald durchschaut, wenn man sich die Statistik anschaut, die der Reichstanzler noch viel zu milde beurtheilt hat. Die Bauern würden den größten Schaden von dem Antrag haben, weil dieser den proconsumtivistischen landwirtschaftlichen Betrieb stärken würde. Die Landwirthe, das die Sozialdemokraten die Bauern beunruhigen wollen, und durch ihre öftere Wiederholung nicht wahr. Sie wollen die Bauern mehr künstlich erheben, aber wir wollen sie schon bei der Handlung des agrarischen Proconsums und was im Interesse der Landarbeiter. Denn die Landarbeiter sind die Basis im heutigen Staate. Das Justizministerium ist nicht eigentlich der Herr der Rechte, der wie ein göttlicher Wohlthäter auf der ganzen wohnenden Bevölkerung Deutschlands liegt. Sind Sie nicht mehr mehr jubelnd dabei, wenn es sich um Casarismus und Absolutismus handelt? (Links! rechts.) Ja wenn es Ihnen nicht auf den Zweck geht, (Heiterkeit.) Heizen Sie nicht durch zum Bürgerkrieg auf, wie es schon zu Herrschaft geblieben ist, ohne daß einer der anwesenden Minister oder sonst ein besonnener Mann dagegen Widerstand erhoben hätte! (Sehr richtig! links.) Wenn in dem Antrag keine ein Zirkel Sozialismus heißt, so ist es der Sozialismus, den ein geistreicher Franzose dahin definiert hat: Le socialisme c'est l'argent des autres. Warum soll der Normalpreis bloß für Roggen und Weizen, nicht für andere landwirtschaftliche Produkte, für Holz und Vieh gelten? Eine Normalpreis würde auch von der Industrie verlangt werden und schließlich würde ein Normallohn für die Arbeiter gefordert werden und zwar mit dem allerbesten Recht. Sie (rechts) wollen die bestehende Gesellschaftsordnung aufrecht erhalten, aber wo Sie unangenehme Folgen heraufbeschwören, wollen Sie Sozialismus reiben. Das ist die Anlage des Ministeriums der heutigen Gesellschaftsordnung. Die Selbstthätigkeit gezeigt zu haben, von der die herrschenden Klassen heute sind, ist das Verdienst des Antragstellers. Es ist eine Ironie des Schicksals, daß der Bestämpfer für Thron und Altar diejenigen, die das Kaiserthum retten wollen, mit Hilfe der Landwirthe, die die Arbeiter der Gesellschaftsordnung nicht beunruhigen. Sie können mit aller Gemessenheit unsere jetzt besonnen und werden deshalb gegen den Antrag stimmen. (Sehr richtig! links.)

Herr v. Bismarck (Soz.) hält es nicht für richtig, den Antrag durch das Urtheil des Staatsraths, einer Körperschaft ohne jegliche politische Autorität, für abgethan zu crachten. Man soll den Gegner niemals unterschätzen und sich nicht selbstgefälligen Selbsttäuschungen hingeben. (Sehr richtig! rechts.) Die bestehende Agrarfrage hat einen solchen Umfang angenommen, daß ihre politischen und wirtschaftlichen Folgen sich noch nicht übersehen lassen. Die dadurch geschaffene Beunruhigung hat weite Volkskreise ergriffen und auch das Centrum ist dadurch mehr angegriffen, als es selbst zugehehen will. (Heiterkeit.) Was will man den eigentlich? Die Preise steigen auf Kosten der großen Masse des arbeitenden Volkes der eigenen Landesangehörigen. Von dem Schutzoll haben die Besitzer, die damals vorhanden waren, einen Vortheil gehabt, ihre Nachfolger nicht mehr. Wären die Handelsverträge nicht abgefaßt worden, wäre der Zoll von 5 Mark geblieben, so wäre uns die Debatte erspart geblieben; denn im Grunde bedeutet der Antrag nichts anderes, als die Forderung eines Grenzbezuges von 10 Mark, also eine Steigerung über alles bisher bekannte Maß hinaus. Die Steigerung der Preise hat schon eine Verminderung des deutschen Proconsums herbeigeführt. Was würde erst bei den kanakischen Normalpreisen eintreten, die den Weltmarktpreis verdoppeln! Deshalb war das Wort vom Brotwucher vollständig berechtigt. Von dieser Auswanderung sollte zunächst der Mensch vertheilt haben, um Ausgaben für Nahrung und Heer zu bestreiten, dann haben sich die Herren Landwirthe demut, die Bauern in den Vordergrund zu stellen. In Bezug auf die Sprache ist es ihnen so ziemlich gelungen, was selbst als Bauern darzustellen. Aber diese Vermuthung wird bald durchschaut, wenn man sich die Statistik anschaut, die der Reichstanzler noch viel zu milde beurtheilt hat. Die Bauern würden den größten Schaden von dem Antrag haben, weil dieser den proconsumtivistischen landwirtschaftlichen Betrieb stärken würde. Die Landwirthe, das die Sozialdemokraten die Bauern beunruhigen wollen, und durch ihre öftere Wiederholung nicht wahr. Sie wollen die Bauern mehr künstlich erheben, aber wir wollen sie schon bei der Handlung des agrarischen Proconsums und was im Interesse der Landarbeiter. Denn die Landarbeiter sind die Basis im heutigen Staate. Das Justizministerium ist nicht eigentlich der Herr der Rechte, der wie ein göttlicher Wohlthäter auf der ganzen wohnenden Bevölkerung Deutschlands liegt. Sind Sie nicht mehr mehr jubelnd dabei, wenn es sich um Casarismus und Absolutismus handelt? (Links! rechts.) Ja wenn es Ihnen nicht auf den Zweck geht, (Heiterkeit.) Heizen Sie nicht durch zum Bürgerkrieg auf, wie es schon zu Herrschaft geblieben ist, ohne daß einer der anwesenden Minister oder sonst ein besonnener Mann dagegen Widerstand erhoben hätte! (Sehr richtig! links.) Wenn in dem Antrag keine ein Zirkel Sozialismus heißt, so ist es der Sozialismus, den ein geistreicher Franzose dahin definiert hat: Le socialisme c'est l'argent des autres. Warum soll der Normalpreis bloß für Roggen und Weizen, nicht für andere landwirtschaftliche Produkte, für Holz und Vieh gelten? Eine Normalpreis würde auch von der Industrie verlangt werden und schließlich würde ein Normallohn für die Arbeiter gefordert werden und zwar mit dem allerbesten Recht. Sie (rechts) wollen die bestehende Gesellschaftsordnung aufrecht erhalten, aber wo Sie unangenehme Folgen heraufbeschwören, wollen Sie Sozialismus reiben. Das ist die Anlage des Ministeriums der heutigen Gesellschaftsordnung. Die Selbstthätigkeit gezeigt zu haben, von der die herrschenden Klassen heute sind, ist das Verdienst des Antragstellers. Es ist eine Ironie des Schicksals, daß der Bestämpfer für Thron und Altar diejenigen, die das Kaiserthum retten wollen, mit Hilfe der Landwirthe, die die Arbeiter der Gesellschaftsordnung nicht beunruhigen. Sie können mit aller Gemessenheit unsere jetzt besonnen und werden deshalb gegen den Antrag stimmen. (Sehr richtig! links.)

Zunächst machte der Vorsitzende Abg. Dr. Böttcher darauf aufmerksam, daß über die gestrige Abstimmung über § 131 die Berichte der Presse nicht ganz correct erschienen. Angenommen wurde nicht die Fassung der neuen Vorlage, vielmehr die Fassung des bestehenden Gesetzes mit einem vom Abg. Broelmann (Centr.) beantragten Zusatz, so daß also § 131 lautet:

„Wer erdichtete oder entstellte Thatsachen, wissend (in der Novelle ist beantragt, zu sagen: „von denen er weiß oder den Umständen nach annehmen muß“), daß sie erdichtet oder entstellt sind, öffentlich behauptet oder verbreitet, um dadurch Staatseinrichtungen oder Anordnungen der Obrigkeit verächtlich zu machen, wird mit Geldstrafe bis zu 600 Mark oder mit Gefängniß bis zu 2 Jahren bestraft.“

Hierzu wurde auf Antrag Broelmann angefügt: „Diese Strafe trifft Denjenigen, welcher in einer den öffentlichen Frieden gefährdenden Weise die Monarchie durch beschimpfende Aeußerungen öffentlich angreift.“

Im Fortgang der heutigen Sitzung nahm zunächst Abg. Dr. Mintelen (Centr.) den in erster Lesung abgelesenen Antrag wieder auf, folgenden neuen § 131b einzufügen:

„Mit Gefängniß bis zu einem Jahre und Geldstrafe bis zu 1000 Mark oder mit einer dieser Strafen wird bestraft, wer öffentlich übertriebene Vorstellungen, Einzelspiele, Gesangs- oder declamatorische Vorträge, Schauspielen von Personen oder ähnliche Aufführungen veranstaltet oder leitet, welche durch glibbige Verleumdung des Staats oder Staatseinrichtungen Vergerniß zu erregen geeignet sind.“

Der Antrag wurde ohne Debatte mit 11 gegen 5 Stimmen angenommen; die Sozialdemokraten enthalten sich der Abstimmung.

Hierauf wurde der Antrag des Centrums diskutiert, den § 21 des Strafgesetzbuchs in folgender Weise zu formulieren:

„Wer einen Anderen zum Zweifeln mit einem Delict abwärts, insbesondere durch Bezeigung oder Andeutung von Verbrechen anreizt, wird mit Gefängniß bis zu einem Jahre und, falls der Zweifeln nicht stattgefunden hat, mit Gefängniß nicht unter drei Monaten bestraft. (Nach dem beiderseitigen Geleit ist, falls das Delict nicht stattgefunden hat, keine Strafe angedroht.)“

Abg. v. Hammerstein erklärte, gegen das ganze Geleit stimmen zu müssen, wenn der Antrag angenommen werde. Er wolle die Bestrafung nicht zur Beilegung von Streitigkeiten das Ziel betreiben lassen. Auch das Gerücht auf den Unverhältnissen wäre ohne Zweifeln nicht bestraft.

Abg. v. Schönerer erklärte, die in der heutigen Sitzung vorgeschlagene Bestrafung sei nicht nur für die Verbreitung von Gerüchten, sondern auch für die Verbreitung von Falschmeldungen, die die öffentliche Ordnung gefährden, geeignet zu sein. Er würde sich für die Bestrafung mit Gefängniß bis zu einem Jahre und Geldstrafe bis zu 1000 Mark oder mit einer dieser Strafen aussprechen.

- Abg. v. Buchta beantragte: 1. für den Fall der Annahme des Centrumsantrages anzusetzen: „Geldstrafe bis zu 1000 Mark oder Gefängniß bis zu einem Jahre.“ 2. dem § 21 des Strafgesetzbuchs folgenden Absatz anzufügen: „Das Verbrechen ist die Anwendung gefährlicher Schusswaffen, die die öffentliche Ordnung gefährden.“

General von Ziegler beantragte: Beim Militär sei der Ehrenname sehr wichtig. Die in der heutigen Sitzung vorgeschlagene Bestrafung sei nicht nur für die Verbreitung von Gerüchten, sondern auch für die Verbreitung von Falschmeldungen, die die öffentliche Ordnung gefährden, geeignet zu sein. Er würde sich für die Bestrafung mit Gefängniß bis zu einem Jahre und Geldstrafe bis zu 1000 Mark oder mit einer dieser Strafen aussprechen.

Abg. v. Buchta beantragte: Beim Militär sei der Ehrenname sehr wichtig. Die in der heutigen Sitzung vorgeschlagene Bestrafung sei nicht nur für die Verbreitung von Gerüchten, sondern auch für die Verbreitung von Falschmeldungen, die die öffentliche Ordnung gefährden, geeignet zu sein. Er würde sich für die Bestrafung mit Gefängniß bis zu einem Jahre und Geldstrafe bis zu 1000 Mark oder mit einer dieser Strafen aussprechen.

Abg. v. Buchta beantragte: Beim Militär sei der Ehrenname sehr wichtig. Die in der heutigen Sitzung vorgeschlagene Bestrafung sei nicht nur für die Verbreitung von Gerüchten, sondern auch für die Verbreitung von Falschmeldungen, die die öffentliche Ordnung gefährden, geeignet zu sein. Er würde sich für die Bestrafung mit Gefängniß bis zu einem Jahre und Geldstrafe bis zu 1000 Mark oder mit einer dieser Strafen aussprechen.

Abg. v. Buchta beantragte: Beim Militär sei der Ehrenname sehr wichtig. Die in der heutigen Sitzung vorgeschlagene Bestrafung sei nicht nur für die Verbreitung von Gerüchten, sondern auch für die Verbreitung von Falschmeldungen, die die öffentliche Ordnung gefährden, geeignet zu sein. Er würde sich für die Bestrafung mit Gefängniß bis zu einem Jahre und Geldstrafe bis zu 1000 Mark oder mit einer dieser Strafen aussprechen.

Abg. v. Buchta beantragte: Beim Militär sei der Ehrenname sehr wichtig. Die in der heutigen Sitzung vorgeschlagene Bestrafung sei nicht nur für die Verbreitung von Gerüchten, sondern auch für die Verbreitung von Falschmeldungen, die die öffentliche Ordnung gefährden, geeignet zu sein. Er würde sich für die Bestrafung mit Gefängniß bis zu einem Jahre und Geldstrafe bis zu 1000 Mark oder mit einer dieser Strafen aussprechen.

Abg. v. Buchta beantragte: Beim Militär sei der Ehrenname sehr wichtig. Die in der heutigen Sitzung vorgeschlagene Bestrafung sei nicht nur für die Verbreitung von Gerüchten, sondern auch für die Verbreitung von Falschmeldungen, die die öffentliche Ordnung gefährden, geeignet zu sein. Er würde sich für die Bestrafung mit Gefängniß bis zu einem Jahre und Geldstrafe bis zu 1000 Mark oder mit einer dieser Strafen aussprechen.

Abg. v. Buchta beantragte: Beim Militär sei der Ehrenname sehr wichtig. Die in der heutigen Sitzung vorgeschlagene Bestrafung sei nicht nur für die Verbreitung von Gerüchten, sondern auch für die Verbreitung von Falschmeldungen, die die öffentliche Ordnung gefährden, geeignet zu sein. Er würde sich für die Bestrafung mit Gefängniß bis zu einem Jahre und Geldstrafe bis zu 1000 Mark oder mit einer dieser Strafen aussprechen.

Abg. v. Buchta beantragte: Beim Militär sei der Ehrenname sehr wichtig. Die in der heutigen Sitzung vorgeschlagene Bestrafung sei nicht nur für die Verbreitung von Gerüchten, sondern auch für die Verbreitung von Falschmeldungen, die die öffentliche Ordnung gefährden, geeignet zu sein. Er würde sich für die Bestrafung mit Gefängniß bis zu einem Jahre und Geldstrafe bis zu 1000 Mark oder mit einer dieser Strafen aussprechen.

Abg. v. Buchta beantragte: Beim Militär sei der Ehrenname sehr wichtig. Die in der heutigen Sitzung vorgeschlagene Bestrafung sei nicht nur für die Verbreitung von Gerüchten, sondern auch für die Verbreitung von Falschmeldungen, die die öffentliche Ordnung gefährden, geeignet zu sein. Er würde sich für die Bestrafung mit Gefängniß bis zu einem Jahre und Geldstrafe bis zu 1000 Mark oder mit einer dieser Strafen aussprechen.

Abg. v. Buchta beantragte: Beim Militär sei der Ehrenname sehr wichtig. Die in der heutigen Sitzung vorgeschlagene Bestrafung sei nicht nur für die Verbreitung von Gerüchten, sondern auch für die Verbreitung von Falschmeldungen, die die öffentliche Ordnung gefährden, geeignet zu sein. Er würde sich für die Bestrafung mit Gefängniß bis zu einem Jahre und Geldstrafe bis zu 1000 Mark oder mit einer dieser Strafen aussprechen.

Abg. v. Buchta beantragte: Beim Militär sei der Ehrenname sehr wichtig. Die in der heutigen Sitzung vorgeschlagene Bestrafung sei nicht nur für die Verbreitung von Gerüchten, sondern auch für die Verbreitung von Falschmeldungen, die die öffentliche Ordnung gefährden, geeignet zu sein. Er würde sich für die Bestrafung mit Gefängniß bis zu einem Jahre und Geldstrafe bis zu 1000 Mark oder mit einer dieser Strafen aussprechen.

Abg. v. Buchta beantragte: Beim Militär sei der Ehrenname sehr wichtig. Die in der heutigen Sitzung vorgeschlagene Bestrafung sei nicht nur für die Verbreitung von Gerüchten, sondern auch für die Verbreitung von Falschmeldungen, die die öffentliche Ordnung gefährden, geeignet zu sein. Er würde sich für die Bestrafung mit Gefängniß bis zu einem Jahre und Geldstrafe bis zu 1000 Mark oder mit einer dieser Strafen aussprechen.

Bei der Abstimmung wird mit allen gegen 5 Stimmen die Streichung des „Kanzelparagraphen“ aufrecht erhalten.

Nunmehr wird Artikel 2 (Militärstrafgesetzbuch, Verfolgung von im Urlaub Verurtheilten durch das Militärgericht) zur Verhandlung gestellt. § 42 des Militärstrafgesetzbuchs wird auf Wunsch der Regierungsvertreter auf Antrag Spahn — von Buchta noch dahin modificirt, daß auch auf Dienstentlassung oder auf Degradation erkannt werden kann, wenn eine Person des Verurtheiltenstandes wegen gewisser Uebertretungen mehrfach rechtskräftig verurtheilt worden ist.

Schließlich wird das Gesetz im Ganzen mit 17 gegen 8 (soec., freis. und antis.) Stimmen angenommen. Zum Berichterstatter für das Plenum wird Abg. von Buchta bestellt.

Locales.

Breslau, den 1. April 1895.

* Allgemeine Arbeiter-Versammlung. Wir machen hiermit die Parteigenossen und Genossinnen nochmals auf die morgen, Dienstag, den 2. April, Abends 8 Uhr im großen Saale des Etablissements „Deutscher Kronprinz“ stattfindende allgemeine Arbeiter-Versammlung aufmerksam, in welcher über die zweckmäßigsten Maßnahmen zur Erfolg sichernden Verbreitung der socialdemokratischen Presse, als Antwort auf die Reactionswuth der herrschenden Gesellschaft berathen werden soll. Parteigenossen und Genossinnen, sorgt dafür, daß diese Versammlung zahlreich besucht wird.

* Zur Währungsvorlage. Die Breslauer Handelskammer veranstaltete am Sonnabend, den 30. März, Abends 8 Uhr, im großen Saale der „Neuen Börse“ eine öffentliche Versammlung, in welcher der Syndicus der Handelskammer, Berggrath und Landtagsabgeordneter Gohy in über die von den Agrariern geplante Doppelwährung sprach. Nachdem Redner alle Phasen dieses Gegenstandes behandelt und die anwesenden Vertreter des Handels und der Industrie aufgefordert hatte, gegen den alle Zweige des Handels und Gewerbes bedrohenden Bimetallismus energisch zu kämpfen, wurde von der Versammlung folgende Resolution einstimmig angenommen: „Die heut in Breslau versammelten Vertreter von Handel und Industrie erachten es als ihre Pflicht, an unserer bewährten Goldwährung für eine schwere Gefährdung des gesammten deutschen Wirtschaftslebens; sie warnen insbesondere auch davor, durch Vermehrung der Silberausprägung ein gefährliches Experiment vorzunehmen, das weder aus wirtschaftlichen noch aus münzpolitischen Gründen für uns anboten erscheint, das im Gegentheil geeignet sein könnte, Zweifel an der Integrität unserer Währung hervorzurufen, die sich im innern wie in internationalen Verkehr in verderblicher Weise äußern würden. Die neuere Münzpolitik der Vereinigten Staaten, Nord-Amerikas hat das Gefährliche derartigen Experimente unzweideutig dargelegt. — Wenn mit Recht auf die Schwierigkeiten hingewiesen wird, welche schwankende Valuta-Verhältnisse der Länder, mit den wir im Verkehr stehen, Deutschlands Landwirtschaft, Industrie und Handel bereiten, so muß andererseits auch berücksichtigt werden, daß die unthätigen Währungsverhältnisse jener Länder, deren wirtschaftliche Entwicklung und damit ihre Concurrenz mit der heimischen Production wesentlich beeinträchtigen und verzögern.“

Über auch von dem letzteren Umstände abgesehen, sind jedenfalls die aus den schwankenden Währungsverhältnissen anderer Länder für Deutschland sich ergebenden Nachteile verschwindend gegen die aus der Sicherheit unserer Währung erwachsenden Vortheile.

An den hohen Bundesrath richten wir demnach die ekrerbittige Bitte, von der Berufung einer Währungskonferenz Abstand nehmen, jedenfalls aber jedes Experimentiren an unserer soliden Währung vermeiden zu wollen.“

* Gegen die Spiritussteuer-Vorlage. In einer am Sonnabend im großen Saale des Café restaurant abgehaltenen Versammlung der schlesischen Getreidebrenner sprach Herr Stenglein, Redacteur des „Alkohol“ (Zeitschrift für die Interessenten der Spiritus-, Kornbranntwein- und Preßhefen-Industrie) über die neue Branntweinsteuernovelle. Das neue Steuerproject sei geeignet, die Großindustriellen, die Kartoffelbrennereien zu betreiben, auf Kosten der kleinen Brenner zu bereichern. Die Einführung des Gesetzes würde nichts anderes bedeuten, als eine neue Exportprämie für die Kartoffelbrenner. Derartige Gesetzesvorlagen müßten bekämpft werden, wozu er die Abfassung einer Petition an den Reichstag vorschlägt. Dieser Vorschlag wurde mit Beifall aufgenommen und eine Commission gewählt, bestehend aus den Herren Seidel, Bogwode, Rehnert, Schirdeman, Lorenz, Häbiger und Schäffer. Herr Redacteur Stenglein wird als beratendes Mitglied der Versammlung benannt. Der Vorsitzende der Versammlung wünscht, daß in der Petition zum Ausdruck komme, daß den kleinen gewerblichen Brennern in Betreff der Raich- und Materialsteuer dieselben Vortheile gewährt werden

möchten, wie den landwirtschaftlichen Brennern. Drei Commissionsmitglieder sollen die Petition an den Reichstag übermitteln.

* Rentenbewilligungen ohne Erfüllung der gesetzlichen Bedingungen. Das Reichsversicherungsamt hat eine die Bewilligung der Invalidenrente aussprechende Entscheidung eines Schiedsgerichts im Bezirk der Versicherungsanstalt Schlesien aufgehoben und die Sache zur anderweitigen Verhandlung und Entscheidung an das Schiedsgericht zurückverwiesen, weil unter Verstoß gegen den klaren Inhalt der Acten die Rente vornehmlich in Berücksichtigung der besonderen Würdigkeit des Rentenbewerbers und unter dem Gesichtspunkte der humanen Auslegung des Gesetzes vom Schiedsgericht zu erkannt worden war.

* Unterrichtsbeginn in den Breslauer Schulen. In allen Klassen der hiesigen Volksschulen wird, nach einem Beschlusse der Schuldeputation, der Unterricht im Monat April um 8 Uhr beginnen. Der Unterrichtsanfang um 7 Uhr wird erst an dem Montag nach dem 1. Mai eintreten.

* Von der Oder. Das Hochwasser fällt im Breslauer Bezirke rasch ab. Der Schiffahrtverkehr auf der Oder leidet noch unter dem gegenwärtigen Wasserstande, die Schiffer warten sehnsüchtig auf ein weiteres Sinken um mindestens einen Meter.

* Der botanische Garten, welcher allmählich seinen Frühlingskleid zu entfalten beginnt, ist schon von Anfang März ab für das Publikum, außer Sonntag, täglich von 7 bis 12 Uhr Vormittags und von 2 bis 6 Uhr Nachmittags geöffnet. Vom 1. Mai ab bis October wird der Garten außerdem noch an jedem ersten Monatssonntag zugänglich sein.

Die Eisdecke des Stadtgrabens will trotz des anhaltend warmen Wetters nicht schwinden; da dieselbe stellenweise eine Stärke von 25 Centimeter aufweist, dürfte noch eine Woche vergehen, ehe sie völlig verschwinden wird.

* Stadt-Theater. Montag wird Johann Strauß' Operette „Die Fledermaus“ in der bekannten Besetzung wiederholt. Dienstag geht Schiller's „Wilhelm Tell“ in Scene.

* Concordia-Theater. Montag wird das Lustspiel „Der jüngste Lieutenant“ wiederholt und zwar zum ersten Male mit Fräulein Herwig

in der Titelrolle. Dienstag geht „Das Heirathsnetz“ zum letzten Male in Scene. Mittwoch findet das Benefiz für den Chorbriganten Oskar Klose statt. Zur Aufführung gelangt die Novität: „Der neue Slossherr“ von A. v. Pigage. Vorher geht der Smacter „Hohelüste“ in Scene.

* Arbeiterjudo. Bei den Schichtarbeiten in einem Neubau an der Paulstraße wurde dem Arbeiter Ernst Meier durch einen Klumpen Erde der linke Unterschenkel gebrochen. — Der Arbeiter Robert Kurof von der Hubenstraße stürzte beim Kohlenabladen vom Wagen und zog sich einen Bruch des linken Fußgelenks zu. Beide Verunglückte fanden im Krankenhaus des Barmherzigen Brüder Aufnahme.

* Versuchter Einbruch. In der Nacht zum Sonnabend versuchten zwei Männer, ein Goldwaarengeschäft auf der Bischofsstraße zu erbrechen. Die Einbrecher ergriffen vor einigen hinzukommenden Hausbewohnern die Flucht.

* Polizeiliche Nachrichten. In das Polizeigefängnis wurden am 29. d. Mts. 57 Personen eingeliefert. — Abhanden kamen: ein Portemonnaie mit 10 Mark und ein Portemonnaie mit 26 Mark Inhalt und drei Rückfahrkarten Hirschberg—Breslau. — Gefunden wurden: ein Granathöring, eine silberne Cigarettenröhre, eine Schirmmütze und eine Peitsche.

Schlesien.

* Sagan, 1. April. Die Weber der englischen Wollspinnerei und Weberei, die, wie wir bereits mitgeteilt, am 25. März die Arbeit niedergelegt hatten, kehrten bereits am 26. früh wieder zur Arbeit zurück, nachdem ihnen eine Lohnzulage bewilligt worden war. Beim Lohnauszahlen am Abend stellte es sich jedoch heraus, daß man nicht allen eine Zulage machen wollte und so streikten die Arbeiter und Arbeiterinnen, 200 an der Zahl, von neuem. Die Forderung der Arbeiter war Erhöhung des Stücklohns um 1 Mt. und Wegfall der mißliebigen Prämie. Dieselbe konnten bisher nur sehr wenige erringen, da die Auszahlung nur erfolgt, wenn das Stück in einer bestimmten Zeit fertiggestellt wird. An Prämien wurden bezahlt: bei dreieinvierteltägiger Arbeitszeit 1,00 Mt., bei dreieinhalbtägiger Arbeitszeit 50 Pfg. Nach dem nunmehr vereinbarten Lohnvertrag ist eine Erhöhung des Stücklohns um 50 Pfg. eingerechnet und steht zu erwarten, daß die Arbeit heute wieder aufgenommen wird. Jetzt erhielten Weberinnen 300 Pfennige für 180 Meter Tuch, was eine 50stündige Arbeitszeit erfordert — gewiß ein Hungerlohn. Auch in anderen Fabriken gährt es und ist es nicht ausgeschlossen, daß es auch hier zum Ausstand kommt. — Weiter hat eine öffentliche Versammlung stattgefunden, in welcher nach einem Vortrage des Genossen Zahn aus Breslau die Gründung einer Zählstelle des Textilarbeiter-Verbandes beschlossen wurde. Etwa hundert Personen ließen sich in die ausgelegten Listen einzeichnen.

Neueste Nachrichten.

— Berlin, 31. März. Es bestätigt sich, daß der Kaiser das neugewählte Reichstagspräsidium zur Teilnahme an

dem Hofbiener zu Ehren Bismarcks eingeladen hat. Der erste Vizepräsident, der Abg. Schmidt (freis. Volkspartei) wird jedoch der Einladung nicht Folge leisten.

— Gegen den Willen des Reichszanklers Grafen Caprivi, so enthält die „Nation“, hat der Kaiser im Jahre 1892 darauf bestanden, daß jene Schriftstücke seitens der deutschen Regierung nach Wien gesandt wurden, welche dort jede offizielle Ovation für den kürzlich Bismarck bei Gelegenheit seiner Anwesenheit zur Hochzeit des Grafen Herbert Bismarck in Wien verhinderten.

— Im „Reichsanzeiger“ giebt der Berliner Polizeipräsident unter dem 26. März bekannt, daß der Frauen- und Mädchenbildungsverein des arbeitenden Volkes für Berlin und Umgebung und seine Filialen auf Grund des § 8 des Vereinsgesetzes von 1850 vorläufig geschlossen sind.

— Die Tabakarbeiter wollen eine Cigarrenfabrik mit Controlmarke als Genossenschaft der Tabakarbeiter unter Aufsicht der Controlcommission mit beschränkter Haftpflicht gründen. — Großes Befremden erregen Plakate an den Vitzhamsbühl, wonach der Handelsminister die Aussetzung des Unterrichts sämtlicher Fortbildungs-, Fachhandwerker- und Baugewerkschulen für Montag, den Bismarktunietag, verfügt.

— Apenrade, 31. März. Der wegen Hochverrats verhaftete Redacteur Hansen ist auf Anordnung der Staatsanwaltschaft bereits wieder aus der Haft entlassen worden.

— Hannover, 31. März. Gestern Abend kündigten 160 Handschuhmacher, weil die verlangte Zulage von 20 Pf. pro Duzend nicht bewilligt wurde, angeleitete Unterhandlungen verlassen resultatlos. Es wird geheißen, Zugzug fernzuhalten.

— Griefen, 31. März. Der Mittergutsbesitzer v. Ketsch, der wegen Meineids zu zwei Jahren Zuchthaus, und der Gutsverwalter Streisch, der wegen Verleitung zum Meineid zu längerer Gefängnisstrafe verurtheilt worden war, welches Urtheil jedoch das Reichsgericht unterm 26. Februar d. J. aufgehoben hatte, wurden gestern von dem hiesigen Schwurgericht nach längerer, unter Ausschluß der Öffentlichkeit geführter Verhandlung freigesprochen.

— Waffau, 30. März. Bei der Reichstagsersatzwahl fielen auf das Centrum (Pöcher) 8100, auf die Bauernbündler 1820, die Liberalen 883, die Socialdemokraten (Genosse Schmid-München) 835, die deutsche Volkspartei 801 Stimmen. 1893 erhielten die Socialdemokraten 631, das Centrum 6712, die Bauernbündler 624 Stimmen.

— Messina, 31. März. Bei einem Zusammenstoß zwischen den englischen Schiffen „Alwach“ und „Brindurn“ ging am Freitag Abend „Alwach“ in der Nähe des Leuchtturms von Messina unter. „Brindurn“ konnte, obgleich schwer beschädigt, den Hafen von Messina erreichen. „Brindurn“ kam von Toulon und sollte mit französischen Offizieren, Soldaten und Kriegsmunition nach Madagaskar gehen. Der Verlust von Menschenleben ist glücklicherweise nicht zu beklagen, da die Besatzung der „Alwach“ gerettet wurde.

— Paris, 30. März. Der Präsident hat die wegen Spionage verurtheilten Italiener Major Faller und Aurelio begnadigt.

— Madrid, 31. März. Auf Cuba gestaltet sich die Lage immer gefährlicher. Die Aufständischen, die über 5000 Bewaffnete verfügen, sind Herren der Provinz Santiago, wo ihr Führer Maces eine provisorische Regierung ausrief. — Die Präfecten der Provinzen haben ihre Entlassungen eingereicht, dieselben werden durch militärische Persönlichkeiten ersetzt.

— Shimonojett, 30. März. Der Waffenstillstand ist definitiv vereinbart für die Zeit von drei Wochen mit der Geltung für Mutsen, den Petichili-Golf und die Halbinsel Schantung. Japan hat den Waffenstillstand bedingungslos zugestanden.

Am 30. März verschied nach langem schweren Leiden meine inniggeliebte Frau, unsere gute Mutter

Martha Pietz

geb. Wappner

im Alter von 29 Jahren.

3703

Dies zeigt tiefbetrübt an

Der trauernde Gatte

nebst 2 Kindern.

Beerdigung: Dienstag Mittag 3 Uhr, vom Allerheiligen Hospital.

Todes-Anzeige.

Am 30. März er. verschied sanft nach längerem Leiden, die Gattin unseres Mitgliedes

Frau Pietz, geb. Wappner.

Wir betrauern aufrichtig ihren frühen Heimgang und wird ihr ein ehrendes Andenken seitens der Mitglieder stets bewahrt werden.

M.-G.-V. „Liederkrantz“

Beerdigung: Dienstag Nachmittag 3 Uhr, Hospital Allerheiligen. 3702

! Bitte überzeugen Sie sich!

daß nur Neue Weltgasse 37 bei

Heinrich Danziger

die billigste Bezugsquelle von

Betten u. Bettfedern

fi! Das ganze Gebett Betten von 12 Mk. bis zu den feinsten Brautbetten.

Bettfedern in sanfterer Waare

zu kammend billigen Preisen.

3655

Nur Neue Weltgasse 37 bei

H. Danziger.

Thalia-Theater.

Donnerstag, den 4. April:

Neunte

Volks-Vorstellung

(orange Billets, Nr. 75)

„Der Verschwender“.

Preise der Plätze: I. Rang 60 Pf., Parquet und Balcon 60 Pf., Sperrsitz 50 Pf., II. Rang 40 Pf., III. Rang 25 Pf., Gallerie 15 Pf.

Der Billet-Verkauf findet täglich bei A. Vogel, im Restaurant zum „weissen Hause“, Schmiedebücke 51, V. Liepelt, Nicolaistrasse 63, A. Bergmann, Adalbertstrasse 26 II. Skowronek, Ottostrasse 46 I, C. Weys, An den Kasernen 7b, II und in der Expedition der „Volkswacht“ statt. Die Commission.

Etablissement

„Deutscher Kronprinz“.

Anrzigasse 50, 52, 3493

empfehlen seinen schönen großer Saal einem hochgeehrten Publikum, Vereinen etc. zur Abhaltung aller, selbst der größten Festlichkeiten, zu sehr soliden Bedingungen, desgleichen den Parterre gelegenen kleinen Saal, ca. 200—300 Personen bequem fassend, nebst gutem Instrument ohne jede Miethe oder Gasberechnung. Gütige, rechtzeitige Anmeldungen dajelbst erbeten.

A. Schubert.

Wichtig

für Raucher!

Sachseine

Cigarren

3 St. 10 Pfg., 100 St. 3 Mk. empfiehlt 3589

Louis Schröter,

Cigarrenfabrik

Friedrichstraße 61, vi.-a.-viader Zimmerstraße.

Der

NeueWeltkalender

für das Jahr 1895.

* Preis 50 Pfg. *

Zu beziehen durch die Expedition dieses Blattes.

Vereins-Kalender.

Breslau.

Dienstag, den 2. April:

Kranken-Unterstützungs-Verein der Schneider-Deutshaus (C. S. Braunshweig). Abds. 3 Uhr: Kassenabend im Gasthaus „zum roten Löwen“, Kupferstraße 21. Gäste willkommen.

Aufnahme neuer Mitglieder. Gesangverein der Etel-naren. Abds. 7/8 Uhr: Nebungs-Abend unter tüchtigem Dirigenten im Sabels Lokal keine Großengasse 15.

Allgemeine Arbeiter-Versammlung!

Dienstag, den 2. April, Abends 8 $\frac{1}{2}$ Uhr,
im Saale des „Deutschen Kronprinzen“, Kurzgasse 50/52.

Tages-Ordnung: Berathung über die zweckmäßigsten Maßnahmen zu erfolglicherer Weiterverbreitung der socialdemokratischen Presse, als Antwort auf die Reaktionswuth der herrschenden Gesellschaft.

Alle Mitglieder und Anhänger der socialdemokratischen Partei, Männer wie Frauen, sind zu zahlreichem Erscheinen dringend eingeladen.

Der Einberufer.

Circus Renz.

Breslau, Ronischenplatz.
Heute Montag, 1. April cr.,
Abends 7 $\frac{1}{2}$ Uhr:
Anlässlich des 80. Geburtstages des Alt- Reichstanzlers Seiner Durchlaucht des Fürsten Bismarck: Gala-Fest-Alt und Guldigung
mit Aufzügen zu Fuß und zu Pferde, Tänzen, Evolutionen, Gruppierungen u. einer Auerboie, eigens der Feier des Tages entsprechend arrangirt und inscenirt vom Director **Fr. Renz**, ausgeführt vom gesammten Herrenpersonal und 100 Damen vom **Corps de Ballet**.

Außerdem: Der ohrenschillernde Hengst „Blondel“, darauf: **Monfré-Fabian** von 60 der ehesten Freizeitspferde, dreifach u. vorgeführt vom Director **Fr. Renz**.

Erstes Auftreten der **Schürrenriterin** **Mlle. Marguerite de Karsens**, mit dem arabischen Eisenhimmelmehengst **San-Art**. Erstes Auftreten der **Miss Ada** mit dem Vollblut-Springpferde „Champion“.

Concurrenz-Schule, geritten u. den Damen **Fr. Vally Renz** und **Frau Renz-Stark**. Auftreten der hervorragenden **Künstler-Specialitäten**, u. A.
Die weltber. **Soubair-Troupe**.
Zum Schluss:

Ein Künstlerfest

Große Ausstattungs-Pantomime u. Hochaltemeider **A. Siems**. Auf das Glänzende inscenirt vom Director **Fr. Renz**.

Unter Wirkung des gelammten Personals **Sollständig neue und prachtvolle Ausstattung** mit überraschenden Licht- und Wasser-Effekten. **Kinder-Verheer. Ballet** von 100 Damen.
Großer Blumen-Corps.

Großes Brillant-Feuwerk.

wie solches bisher noch nie in einem geschlossenen Räume gezeigt wurde.

Der **Billet-Vorverkauf** für nummerierte Plätze findet in dem **Figurinen-Geschäft** des Herrn **S. I. Schick**, Schwanenweg Nr. 28 (Ecke Zwingerplatz) an Donnerstagen von Donnerstag 10 Uhr bis Nachmittags 5 Uhr, Sonntag von Donnerstag 11 Uhr bis Nachmittags 5 Uhr statt.

Nach Schluss der Vorstellung stehen **Entwagnen der Eisenbahn** zur Verfügung des Publikums in der Richtung nach **Schönberg** u. nach **Morgentau** am **Concursplatz**, nach **Gräbichen** verkehren die **Dourenwagen**.

Morgen Dienstag, Abends 7 $\frac{1}{2}$ Uhr:
Große Extra-Verstellung „Ein Künstlerfest“
Fr. Renz,
3683 Regl. Commissionsgeschäft.

Stadt-Theater.

Montag:
„Die Fledermaus“.
Dienstag:
„Wilhelm Tell“.

Lobe-Theater.

Montag
„Die Katalanen“.

Polster-Werg.

Kopfsaare, Agata, Indialaser, Alvenaras, Seegras, Federn, Möbelsamur, Bürste, Bindfaden, Stränge, Seile, Wäscheleinen, Hängematten, Netze, Taschen empfiehlt billigt 3369

Jul. Moritz, Sellenmeister.
44, Kupferschmiede-Str. 44.

Confirmanden-Kleider und -Anzüge
3552 vom einfachsten bis zu den allerfeinsten in großer Auswahl, bei weitem billiger als Heberall.

Gustav Hauschner,
Nur Nr. 5 Neue Graupenstraße Nr. 5, im Vorderhause der grossen Volkswacht-Druckerei.

Um Irrthum zu vermeiden, bitte ich zu beachten, daß sich mein **Sarg-Magazin** nur **Gräbschenerstrasse 40** neben der **Heiligt-Apothek** befindet.
Empfehle mein großes Lager von **Särge** zu billigsten Preisen.

Th. Muzynski,
Fischlermeister.

Streng feste Preise!

Influenza!
Mensch, verpötte nicht die Frauen Ihre Macht in unbegrenzt! Und sie haben sich zu rächen, Ausgewählt Frau **Influenza!** Schmeichelt will Dich die umfassen, Beut zum Nuß Die ihren Mund; Doch aewärtst du ihr Verlangen, Kommt Du **ein** auf den Mund! Eines nur kann Dich **bewahren** Vor Jean **Influenza's** Hauch: Frage **Influenza-Kleider** Von „Gold 74“ auch!

Reizende Knaben-Anzüge in Mittel- und Sacco-Jacon von 3 M an in allen Größen.
Confirmanden Anzüge von 6 M. bis 30 M.
Godfeine Jaquet- u. Rod Anzüge (in Tuch und Kammgarn) nur 10, 12, 15, 20, 25, 27, 30, 36 M. prima.
Frühjahrs-Valotots und **Pelerinen-Mäntel** von 8, 10, 12, 15, 18, 20, 25, 27, 30, 36 M. prima.

Reife, Braut- und Gesellschafts-Anzüge von 15, 18, 20, 25-30 M. Prachtexemplare 33, 35, 40 M.

Solide Stoffjoclen von 3, 4, 6, 8, 10, 12 M. prima Haus- u. Jagdjocpen für Herren von 6 M. an. Havelot's in guten Loden Jocpen von 10 M. an. Hohenjoclermäntel von 15-36 M. prima. Schlaf- röße von 8-20 M. prima.

Specialität: in Knaben- u. Burschen- die größte Aufmerksamkeit verwendet — elegante chic Sachen — Berliner und Wiener Modelle — fabelhaft billig! mit kurzen und langen Beinen Paletots für jedes Alter. Hosent. Westen- keller-Jacken.

Grads und Gesellschafts-Anzüge werden verlichen. **Reellste, billigste Einkaufsquelle Breslaus.**
„Goldene 74“
74, Ohlauerstraße 74, nur in der 1. Etage.

Neudruck verkoten.
Streng feste Preise!

Sämmtliche Ausverkaufs-Artikel werden mit einem **Discont** von **25%** abgegeben.

Reellstes u. günstigstes Angebot.

Der schlechten Verhältnisse und überfüllten Waaren-Läger wegen habe ich mich entschlossen, einen

Oster-Ausverkauf

Herren- und Knaben-Garderobe

zu veranlassen, um meinen verehrten Kunden eine günstige, nie wiederkehrende Gelegenheit zu bieten, sich für wenig Geld in Besitz guter Garderobe zu setzen.

Jed. gebe die vorzüglichen Waaren, um damit zu thun, bedeutend unter dem Selbstkostenpreise ab.

Sämmtliche Waaren sind, wie bekannt, aus nur erprobten, reellen und haltbaren Stoffen hergestellt, dafür bürgt meine seit 17 Jahren als reell anerkannte Firma.

Jeder Käufer erhält auf die Ausverkaufs-Waaren, bestehend in completen Herren-Anzügen, Paletots, Hohenjocler-Mänteln, Havelot's, einzelnen Bekleidern, Westen, Knaben-Garderobe außer den so billigen, auf jedem Stück deutlich vermerkten festen Preisen noch

extra 25% Baar an der Kasse anzugsahl.

Die zum Ausverkauf gelangenden Waaren befinden sich in einem Extra-Zimmer getrennt von meinen übrigen Verkaufswaaren, welche die **Wassergängen**

neuesten Moden in Herren- u. Knaben-Garderobe

S. Hurtig, Breslau
Breslau's grösste Special-Herren- und Knaben-Garderoben-Fabrik

einzig und allein nur Ohlauerstraße No. 84
1. Etage, Eingang Ecke Schußbrücke.

Neu eröffnet
Kleider-Handlung
Goldene Kade 3
J. Silber.

Der schlechten Zeit angemessen kauft man nirgends billiger und reeller **Regulateure, Wanduhren, alle Arten Taschenuhren, sowie Gold- und Silberwaaren** direct vom **Sachmann** als **Gelegenheitskäufe**, wie sie keine Concurrenz bieten kann.

Mein Prinzip großer Umsatz, kleiner Nutzen nur bei **5000**
P. Thiel,
Messergasse 12, dicht a. d. Schmiedestr.

Der Süddeutsche Postillon Nr. 7,
humorist. satyrisches Witzblatt.
Preis 10 Pfennig.
Zu beziehen durch alle Solvortent.